Nr. 84 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 43

Bezugspreis.
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3. Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts" und „Blick in die Bücherwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,– Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292–297.

Sonnabend, den 19. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536. – Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Der Kampf in Sachsen geht weiter!

Die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt. – Die sächsischen Unternehmer sperren 150000 Metallarbeiter aus.

Nachdem die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Leipziger Metallindustrie, die von den Unternehmern beantragt worden war, ergebnislos verlaufen sind, hat der Reichsarbeitsminister am gestrigen Freitag selbst eine Entscheidung gefällt, und zwar hat er den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung abgelehnt. Der Streik geht also weiter, doch rechnet man damit, daß zunächst ein neues Schiedsgericht zusammentreten und den Versuch einer Schlichtung unternehmen wird.

Praktisch bedeutet die Ablehnung des Reichsarbeitsministers, den Schiedsspruch, der vom Schlichter in Sachsen für die Leipziger Metallindustrie gefällt wurde, für verbindlich zu erklären, daß in Leipzig und Sachsen der Kampf um den Achtstundentag durchgefochten wird. Wir fügen hinzu, daß auch eine Verbindlichkeitserklärung des Reichsarbeitsministers an dieser Tatsache wahrscheinlich wenig geändert haben würde. Man kann sogar annehmen, daß eine Verbindlichkeitserklärung nicht zu einer rascheren Beilegung des Konflikts, noch viel weniger zu einer Beruhigung der Gemüter geführt haben würde.

Nachdem die Unternehmer zur Aussperrung der Leipziger Metallarbeiter geschritten waren und gleichzeitig angekündigt hatten, daß sie sämtliche Metallarbeiter Sachsens aussperren würden, mußte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund den von den Unternehmern mit voller Ueberlegung auf die Spitze getriebenen Kampf aufnehmen. Der Bundesausschuß des ADGB. hat deshalb mit aller Deutlichkeit erklärt, daß eine derartige Diktatur der Unternehmer, unter die sich bisher die Schlichtungsbehörden gebeugt haben, von der Arbeiterschaft nicht mehr ertragen werden kann.

Die Gewerkschaften würden sich selbst preisgeben, wenn sie angesichts der ungeheuren Arbeitslosigkeit, die die Unternehmer durch ihre Lohn- und Arbeitszeitpolitik noch fortgesetzt steigern, es zuließen, daß man den Kampf der Arbeiterschaft um die Wiederherstellung des Achtstundentages, d. h. den Kampf um die Einreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß durch Zwangsschiedssprüche unmöglich macht.

Es ist ohne weiteres klar, daß die Gewerkschaften ihren Kampf um den Achtstundentag, den Kampf um den Erlaß eines Notgesetzes nicht führen, damit durch Schiedssprüche die gesetzlich festgelegte Arbeitszeit einfach aufgehoben und in einen Neun- oder Zehnstundentag verlängert wird. Die Gewerkschaften wären bei einer solchen Sachlage gezwungen, ihre gesamte Taktik umzustellen, wenn sie anders nicht vollständig lahmgelegt sein wollten.

Die Gewerkschaften sind sich sehr wohl der Gefahren bewußt, die das für die Arbeiterschaft im Gefolge haben kann. Und deshalb werden sie gewiß nicht leichten Sinnes und unüberlegt sich in Kämpfe begeben, deren Ausgang und Tragweite niemand absehen kann. Aber eine Fortsetzung der Zwangsschiedssprüche, die den gesetzlichen Achtstundentag beseitigen und der Arbeiterschaft die Möglichkeit nehmen, die Wiederherstellung des Achtstundentages zu erkämpfen, eine solche Fortsetzung hätte die Gewerkschaften ohne weiteres gezwungen, sich mit aller Entschlossenheit und Energie zur Wehr zu setzen.

Die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung hat es den Gewerkschaften dieses Mal erspart, den Kampf um ihre Existenz aufzunehmen. Wir wollen hoffen, daß der Reichsarbeitsminister die Schlichter entsprechend instruiert. Die Gewerkschaften verlangen nicht vom Reichsarbeitsminister und von den Schlichtungsbehörden, daß sie einseitig zugunsten der Arbeiterschaft eingreifen. Sie haben aber das Recht, zu verlangen, daß man ihnen nicht in die Arme fällt, wenn sie für die Wiederherstellung der gesetzlichen Arbeitszeit den Kampf aufnehmen. Dieser Kampf wird nicht leicht sein. Er wird und muß aber durchgefochten werden, bis zum Siege des Achtstundentages.

Die Arbeitgeber sperren aus!

Chemnitz, 18. Februar. (WTB.) Die Vereinigung der sächsischen Metallindustriellenverbände hielt am Freitag in Chemnitz eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die Metallarbeiter in Sachsen am Sonnabend mittag mit Arbeitsschluß auszusperren. Von der Aussperrung werden etwa 150 000 Arbeiter betroffen.

Sturm im Landtag.

Empörung der kleinen Gewerbetreibenden. – Hirtsiefers Verordnung gegen den Mieterschutz.

Der Preußische Landtag hat gestern einen stürmischen Tag erlebt. Zur Debatte stand die Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 über die Herausnahme der Großwohnungen und gewerblichen Räume aus dem Mieterschutz. Zahlreiche Ladenbesitzer, Geschäftsräumeinhaber, kleine Gewerbetreibende und Handwerker sind durch die Verordnung schwer betroffen und der Hausbesitzerwillkür ausgeliefert. Massenkündigungen sind erfolgt. Die Erregung der Betroffenen ist groß. Sie richtet sich gegen den Wohlfahrtsminister, vor allem aber auch gegen die Parteien, die im Hausbesitzerinteresse diese Verordnung unterstützen: Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Wirtschaftspartei. Namentlich gegen die Wirtschaftspartei, der sehr viele der Betroffenen selbst angehören.

Viele Leidtragende — für gar manchen bedeutet die Verordnung einen schweren Schlag, ja den Ruin — saßen auf der Tribüne des Landtags, die kräftig in die stürmische Debatte eingriff. Sie fühlen sich verraten und betrogen — und das mit Recht.

Die Sozialdemokratie hat die Verordnung des Wohlfahrtsministers von Anfang an entschieden bekämpft, schon weil sie darin

die Gefahr der völligen Aufhebung des Mieterschutzes gegeben

sieht. Die guten Gründe gegen die Verordnung wurden von den Abgg. Haese (Soz.) und Drügemüller (Soz.) noch einmal nachdrücklich vorgetragen.

Die parlamentarische Situation war dadurch kompliziert, daß die Kommunisten, die ebenfalls Gegner der Verordnung sind, nach alter Gewohnheit ihre Angriffe lediglich gegen die Sozialdemokratie richteten und als freiwillige Agenten der Rechtsparteien über diese Verordnung die preußische Regierung zu stürzen suchten. Als ob den Mietern geholfen wäre, wenn Preußen eine Rechtsregierung wie im Reich bekommt!

Die Rechtsparteien wiederum benutzten die Gelegenheit ebenfalls, der preußischen Regierung Schwierigkeiten zu machen. Sie haben erst die Verordnung gefordert und dann ihre Aufhebung verlangt. Als am Freitag der Wohlfahrtsminister ankündigte, er würde die Verordnung aufheben, wenn eine Mehrheit des Landtages es fordere, **stimmten die Rechtsparteien gegen die Aufhebung.**

In ihrem taktischen Durcheinander hatte sich namentlich die Deutsche Volkspartei sachlich so festgefahren, daß ihr Redner Abg. Dr. Grundmann nichts anderes zu sagen wußte, als daß die geschädigten Ladeninhaber vielfach jüdische Nasen hätten und deshalb keine Rücksicht verdienten. Der antisemitische Volksparteiler mußte sich von dem völkischen Antisemiten Wiedergrshaus sagen lassen, daß es auch Hausbesitzer mit krummen Nasen gäbe.

Bei den Abstimmungen wurde die Aufhebung der Verordnung mit 80 Stimmen Mehrheit gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Ebenso abgelehnt wurden weiterhin alle sachlich bedeutungsvollen Abänderungsanträge, **angenommen** wurde nur ein demokratischer Antrag, **daß die Kündigungen auf Grund der Verordnung nicht vor dem 30. September wirksam werden sollten.**

Infolge eines Mißverständnisses entstand gerade bei der Annahme dieses Milderungsantrages unter den Tribünenbesuchern ein solcher Lärm, daß der Präsident die Sitzung unterbrechen mußte. Den mit der Räumung der Tribünen beauftragten Dienern des Hauses setzten die heldenhaften kommunistischen Abgeordneten aktiven Widerstand entgegen. — Schließlich wurde die Weiterberatung auf Sonnabend vertagt.

(Bericht siehe dritte Seite.)

Die Internationale in Paris.

Eine arbeitsreiche Tagung.

Von Otto Wels.

In einer Zeit weltpolitischer Hochspannung traten das Bureau und die Fraktionen der Internationale in der Zeit vom 11. bis zum 13. Februar in Paris zusammen. Zum ersten Male nahm die Vertretung der schweizerischen Sozialdemokratie wieder an den Beratungen teil, nachdem sie auf ihrem letzten Parteitag den Eintritt in die Sozialistische Arbeiterinternationale beschlossen hatte. Mit Genugtuung wurde die Einigung der Sozialdemokratie Norwegens mit der dortigen Arbeiterpartei und die Mitteilung zur Kenntnis genommen. Ebenso wurde dem Beitrittsgesuch der Sozialdemokratie Islands zugestimmt.

Die ganze Fülle der weltpolitischen Probleme erfuhr auf der Tagung eine eingehende Würdigung. Die Kämpfe um die Schaffung eines national unabhängigen China erfuhren eine plastische Darstellung durch den Vortrag des chinesischen Genossen Yang Kantao, der mit zwei anderen chinesischen Genossen als Vertreter der seit April 1925 der Internationale angeschlossenen Partei Chinas der Tagung beiwohnte. Danach haben die revolutionären Kämpfe in den Jahren von 1901 bis 1911 einen völligen Umschwung in der inneren Einstellung des chinesischen Volkes gebracht. Nur innerhalb der nationalen Selbständigkeit sei der Arbeiterklasse die Wahrung ihrer Interessen möglich. Die China als Folge der Kriege von 1842 und 1852 aufgezwungenen Zölle haben zur Verarmung des 400-Millionen-Volkes geführt. Die Handhabung der Zölle dämmt den Handel Chinas ein und sichert den Ausländern Monopole und Uebergewinn. Schanghai ist ein völlig selbständiger Staat geworden, der auch die Chinesen der ausländischen Gerichtsbarkeit unterwirft. Die Industrie arbeitet mit den Methoden unerhörtester Ausbeutung, der auch Kinder unter 12 Jahren unterliegen. In dem Kampf Zentralchinas und Nordchinas spiegelte sich lediglich der Kampf des Weltkapitals gegeneinander. Um Kanton konzentriere sich heute der Wille Chinas.

Seit dem Jahre 1925, so führten die Genossen aus China aus, sei die Gewerkschafts- und Bauernbewegung erstanden. Betont wurde, daß die Kuomintangregierung weder bolschewistisch noch fremdenfeindlich sei; sie sei demokratisch und national. Die Russen hätten auf sie keinen Einfluß, es sei denn, daß sie zahlenmäßig die stärkste Zahl der in China lebenden Ausländer darstellen. Der Vorwurf, die Kuomintang sei bolschewistisch oder unter russischer Leitung sei ein durchsichtiger Vorwand. Die Ordnung, die die Ausländer in China aufrechterhalten wollen, hätten sie selbst zerstört. Besonders ist dies durch die angemaßte Kontrolle über das ganze Eisenbahnnetz erfolgt. Die Kuomintang an sich sei vielköpfig und berge viele Meinungen in sich. Jetzt aber vertrete sie allein China. Später werden die Auffassungen in ihr aufeinanderplatzen. Die chinesischen Sozialdemokraten werden den Kampf im Sinne des Marxismus führen, um Rassenkämpfe zu verhindern. Das sei nur möglich in der gemeinsamen Arbeit der Internationale, die auch in den Parlamenten und der Presse der ganzen Welt eintrete für die Forderung der Zurückziehung des Militärs, der Aufhebung der Zollverträge und der Schaffung von neuen Verträgen auf dem Boden der vollen Gleichberechtigung Chinas im Interesse seiner sozialen Entwicklung und des Weltfriedens arbeite.

In der ausgedehnten Debatte gaben besonders die englischen Genossen eine Schilderung ihres Kampfes gegen jede kriegerische Intervention durch Demonstrationen im ganzen Lande, Resolutionen und direkte Verhandlungen mit der Regierung, in denen sie auf die ungeheuren Gefahren der Truppenentsendungen hingewiesen hatten. Im Parlament forderten sie deren Zurückziehung und die volle staatliche Gleichberechtigung Chinas. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß Frankreich zuerst Truppen nach China entsandt habe und der Einfluß der englisch-russischen Gegensätze doch unverkennbar sei. Es sei eine der letzten Karten des Bolschewismus, die letzte Hoffnung der Weltrevolution, hier Englands Weltreich zu stürzen. Damit sei die ehrliche Absicht wirklicher Hilfe für das chinesische Volk verbunden und sicher billige das russische Volk diesen Kampf wie kaum einen anderen, wenn auch die Methoden, in dem er geführt werde, nicht gutgeheißen werden können. Was in China vor sich gehe, sei viel zu groß, als daß es von außen hineingetragen werden könnte.

In einem Manifest an die Sozialisten aller Länder (veröffentlicht in unserer Freitag-Abendausgabe. Red. d. V.) nahm die Exekutive Stellung zu diesen Vorgängen, um auch die kontinentalen Kriegsgefahren, die sich im Südosten Europas analog den Vorgängen des Jahres 1914 zusammenballen, eingehend zu würdigen, bei denen Italien jetzt die Rolle übernommen hat, die Österreich damals spielte. **Die monarchistische Restauration in Ungarn** ist

eine Gefahr für Europa. Sie wird gestützt durch Italien, aber auch durch Frankreich und England, das Ungarn ungeheuren Kredit vermittelte, ohne Bedingungen zur Sicherung der Demokratie daran zu knüpfen. Ungarn hat das Recht zu Rüstungen erhalten, das Deutschland und Oesterreich versagt wird. Eine Bundesgenossenschaft zwischen Rumänien, Ungarn und Italien ist im Werden. Die Rüstungen Jugoslawiens zeigen die Größe der Gefahr. Die kleine Entente gehört der Vergangenheit an, denn Rumänien ist wegen Bessarabien durch Rußland und Jugoslawien wegen Albanien usw. durch Italien gebunden, so daß die Tschechoslowakei allein steht.

Eingehend behandelte die Exekutive den Kampf gegen den Faschismus und die Reaktion. Es war besonders der Genosse Modigliani, der auf den bonapartistischen Charakter der faschistischen Außenpolitik hinwies, der durch äußere Erfolge von der Gewaltherrschaft im Innern abzulenken suche. Seine Anregung, den Völkerbund für den Kampf gegen diese Innenpolitik nutzbar zu machen, begegnete jedoch dem eingehend motivierten Einwand, daß dadurch lediglich der Völkerbund selbst in Gefahr gebracht werden könnte, ehe er genügend erstarkt sei. Die Verfolgungen, welche Weißrussen und andere Minderheitsvölker in Polen und Rumänien erfahren, der Terror gegen die Angehörigen der Sozialdemokraten in Ungarn, Litauen und der Sowjetunion wurden von den Vertretern der einzelnen Länder eingehend vorgetragen.

Eine besondere Kommission der Internationale soll die Lage der politischen Gefangenen in den verschiedenen Ländern prüfen und das Ergebnis ihrer Untersuchungen veröffentlichen. In einer Resolution erhob die Exekutive Protest gegen die Drangsalierung der Gefangenen, die besonders in den italienischen Deportationen auf vegetationslose Inseln des Mittelmeeres die Oeffentlichkeit erregten.

Die französischen Genossen hatten beantragt, bei dem Tagesordnungspunkt Rüstungs- und Abrüstungsfragen auch die Beziehungen der deutschen Reichswehr zu Sowjetrußland zu besprechen. Da die Exekutive eine besondere Kommission unter dem Vorsitz des Genossen Albarda-Holland eingesetzt hat, die die Frage des Wehrsystems, der Stellung der Internationale zur Miliz, den stehenden oder Söldnerheeren studieren soll, ihre Arbeiten aber noch nicht abgeschlossen hat, wurde auf die Behandlung dieses Punktes verzichtet. Für die deutsche Partei erklärte Welz, daß sie das Material über die Beziehungen der Reichswehr zu Rußland der Oeffentlichkeit übergeben habe. In nächster Zeit würde eine Broschüre herauskommen, die es noch einmal kurz zusammengefaßt darstelle. Er legte der Sitzung die Photographie der Anweisung des „Wirtschaftskontor" an die Prombank in Moskau über 50 000 Dollar vor, die jede Ableugnung Moskaus Lügen straft. Die innere Unwahrhaftigkeit der russischen Staatspolitik gegen die Arbeiter, die ihr noch gutgläubig folgt, ist damit evident erwiesen. Im übrigen sei es Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, den Kampf, soweit Reichswehr und deutsche Reichspolitik in Frage kommen, selbst zu führen, wie sie es bisher getan habe. Internationale Aufgabe aber sei der Kampf gegen die Zwiespältigkeit und Heuchelei der russischen Regierung und der Kommunistischen Internationale, die auf der einen Seite Weltrevolution und internationale Arbeitersolidarität predigt, während sie auf der anderen Seite mit dem deutschen Militarismus liebäugeln, den sie ihren Anhängern gegenüber zu bekämpfen vorgeben.

Ein Antrag der Gruppe der englischen Labourparty, ILP., gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund die Frage der Kriegsabwehr zu prüfen, besonders die Möglichkeiten des Generalstreiks im Transportwesen und der Munitionsindustrie wurde den Parteien der Länder zur Stellungnahme überwiesen. Die Behandlung der Einladung des amerikanischen Präsidenten Coolidge zu einer maritimen Abrüstungskonferenz wurde angeregt. Sie unterblieb jedoch, nachdem die englische Delegation erklärt hatte, daß ihr eine Stellungnahme ohne Rücksprache mit ihrer Partei nicht möglich sei.

Am 15. August findet in Brüssel die Enthüllungsfeier des von der Internationale gestifteten Matteotti-Denkmals statt. Vertreter der Internationale werden daran teilnehmen. Der 1. Mai und der 15. August aber sollen als Stichtage für die internationale Arbeiterwelt gelten, dem Matteotti-Fonds als internationalen Kampf- und Hilfsfonds für die Länder ohne Demokratie durch Sammlungen neue Mittel zuzufügen.

Der im Mai in Genf zusammentretende internationalen Wirtschaftskonferenz werden gemeinsame Verhandlungen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund vorausgehen. Ebenso eine Sonderbesprechung der zu der Weltkonferenz erscheinenden Arbeiterdelegierten. Zu der in kurzem stattfindenden ersten gemeinsamen Sitzung wird die Exekutive eine Vertretung entsenden, der auch die Genossen Modigliani und Trevos angehören, da hier die Lage der italienischen Gewerkschaftsbewegung besprochen werden soll, wie sie sich durch die Verhandlungen einiger Führer mit Mussolini gestaltet hat.

Sodann wurde noch das in Brüssel auf der internationalen Frauenkonferenz vorgeschlagene Statut für das internationale Frauenkomitee angenommen, der Vorschlag für eine ständige „sozialistische Konferenz" als Mittelglied zwischen Exekutive und Internationalen Kongreß, der nur alle drei Jahre zusammentritt, dagegen den Landesorganisationen zur Stellungnahme überwiesen.

Der nächste internationale Kongreß wird in London tagen und am 30. Juli 1928 beginnen. Es schließt sich an eine Konferenz aller Arbeiterparteien des britischen Weltreiches an, den die englische Arbeiterpartei einberufen hat. Diese Arbeiterparteien werden so die Möglichkeit gewinnen, an dem Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale teilzunehmen.

Reichsgericht!

Urteil im Hochverratsprozeß Basista. — Inhaber, Faktor, Maschinensetzer und Bote verurteilt.

Leipzig, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Freitag wurde in dem Hochverratsprozeß gegen die Buchdruckereibesitzer Basista und sechs Genossen das Urteil gefällt. Die Angeklagten werden wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehen nach § 7 des Republikschutzgesetzes verurteilt, und zwar die Gebrüder Basista zu 1 Jahr 6 Monaten bzw. 1 Jahr Festung und je 100 Mark Geldstrafe, Lindner zu 9 Monaten Festung und 100 Mark Geldstrafe, die Maschinensetzer Kloppe und Schulz und der Prokurist Tarnick zu je 2 Jahren Festung und je 300 Mark Geldstrafe und der Bote Otto zu 1 Jahr 6 Monaten Festung und 100 Mark Geldstrafe. 1 bis 7 Monate und die Geldstrafen werden angerechnet.

Aus der Urteilsbegründung ging hervor, daß nicht nur die Buchdruckereibesitzer infolge der Herstellung der Bürgerkriegshefte bestraft werden mußten, sondern auch die Setzer und der Bote. Das Gericht nahm an, daß alle von dem Inhalt der hochverräterischen Schriften gewußt hätten und diese gemeinsam von allen hergestellt wurden.

*

Es brauchen nicht viel Worte über dies Urteil verloren zu werden. Es ist ein Akt der politischen Verfolgung.

Ein geschichtlich denkwürdiges Urteil, das den Geist zeigt, den die Justiz von heute beherrscht. Es gibt gegenüber diesem Urteil nur eine Appellation — an den Reichstag. — Der Hochverratsparagraph muß schleunigst geändert werden. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die Abänderung beantragt. Sie muß noch vor der allgemeinen Strafrechtsreform durchgeführt werden!

KPD.-Parteitag – eine leere Komödie.

„Die grauenhafte Zersetzung der Partei."

Zum bevorstehenden kommunistischen Parteitag veröffentlicht das vom Reichstagsabgeordneten Urbahns herausgegebene „Mitteilungsblatt" der linken Opposition einen Aufsatz, in dem ausgeführt wird:

Schon in der ersten Märzwoche findet der 11. Parteitag unserer Partei statt. Wenn man das nicht wüßte, würde man das nach der Presse nicht bemerken. So etwas von „Vorbereitung" wurde noch nicht gesehen.

Das ZK., welches sich immer wieder rühmt, die Partei „normalisiert" oder „konsolidiert" zu haben, hält es für überflüssig, zwei Wochen vor dem Parteitag eine politische Plattform vorzulegen. Der Grund liegt auf der Hand: es hat keine Plattform, am wenigsten in den deutschen aktuellen Fragen.

Dagegen werden organisatorische Kunststücke geleistet, die sich sehen lassen können. **Es kommt diesem, von niemandem gewählten ZK. darauf an, auf dem Parteitag keinerlei Wortführer der Opposition zu haben. Also werden alle, die auch nur auf den Bezirksparteitagen auftreten könnten, einfach ausgeschlossen.** So hat man beispielsweise im Ruhrgebiet einfach die Genossen Körner (fünf Jahre lang Unterbezirkssekretär), Kelch (Unterbezirkssekretär) und Czerkus wenige Tage vor dem Bezirksparteitag aus der Partei ausgeschlossen. **So hat man im Bezirk Wasserkante eine Anzahl neuer Ortsgruppen erfunden, die nur aus ZK.-Anhängern bestehen usw.**

Es ist klar, daß unter solchen Umständen die Stimmenverhältnisse auf den Bezirksparteitagen und ebenso auf dem Reichsparteitag **in keiner Weise ein Bild der wirklichen Lage in der Partei liefert. Die grauenhafte Zersetzung der Partei läßt sich nicht beschreiben,** da nirgends ein Zustand vorhanden ist, der als „normal" bezeichnet werden kann. Oder ist es „normal", wenn beispielsweise in Rostock eine Mitgliederversammlung durch Genossen einberufen wird, die ohne jeden Grund vom ZK. ausgeschlossen worden sind, und wenn in dieser Mitgliederversammlung, um ein Herauslaufen aus der Partei zu verhindern, der ausgeschlossene „Renegat" Urbahns referiert, während ein Angestellter des ZK. als Korreferent auftritt und sich friedfertig mit ihm auseinandersetzt? Ist es „normal", wenn in München ein Genosse ausgeschlossen wird, Gen. Rotter, der sechs Jahre in einem bayerischen Zuchthause gesessen hat, lediglich weil er oppositionell ist? Ist es „normal", **wenn das ZK. Kartotheken und Abrechnungen fälschen läßt, um mehr Delegierte zu bekommen?**

Noch ein anderer Trick der ZK. wird konsequent angewendet, der aus der innerparteilichen Strategie dieser „Führer" stammt: sie pflegen die Oppositionsgruppen, welche sich „Weddinger Opposition" und „Weddinger Linke" nennen, zu streicheln, haben diese Gruppen verhältnismäßig wenig organisatorisch schikaniert und suchen so, durch Zersplitterung der Opposition, sich Vorteile zu verschaffen, wobei es ihnen gar nicht darauf ankommt, auf irgendwelchen Tagungen kleine Oppositionsvertretungen dieser Gruppen zu dulden, da sie ja sowieso vorhaben, später alle linken Genossen aus der Partei zu werfen.

All diese Umstände machen den kommenden Parteitag von vornherein zu einer leeren Komödie.

An einer anderen Stelle setzt sich das „Mitteilungsblatt" mit der parlamentarischen Arbeit der kommunistischen Reichstagsfraktion auseinander und kommt dabei zu diesem Gesamturteil:

Seitdem in die allgemeine Politik unserer Partei der „neue Kurs" (des alten Nachlaufens hinter der SPD.) eingeführt worden ist, unterscheidet sich das Auftreten unserer Parlamentarier von dem der sozialdemokratischen lediglich dadurch, daß die Reformisten im allgemeinen bessere Redner stellen, als unsere zivilisiert stammelnden oder geleckt und „gebildet" ihre Reden ableiernden Parlamentarier es sind.

Es gibt in der Tat, von Dr. Rosenberg abgesehen, kaum einen Redner der KPD., der im Reichstag mit einiger Achtung angehört wird.

Faschistische Massenregie.

Von Dalmo Carnevali.

Oft mag es vorkommen, daß Fremde, denen es vergönnt ist, in Rom oder einer anderen großen italienischen Stadt einer faschistischen Veranstaltung beizuwohnen, aus dem Erstaunen über das sich ihnen bietende Massenschauspiel nicht herauskommen. So kann sich hie und da die Ueberzeugung bilden, das Regime Mussolini besitze die unverhohlene und unmittelbare Zustimmung des ganzen italienischen Volkes. Es ist leicht zu beweisen, daß der zahlenmäßige und rein äußerliche Erfolg aller faschistischen Kundgebungen nur dem System der „Strategie der inneren Linie", um einen Ausdruck des „Duce" zu gebrauchen, zu verdanken ist.

Die Verwaltungen der Eisenbahnen und der privaten Verkehrsunternehmen sind verpflichtet, gratis und auf dem schnellsten Wege den Schwarzhemden Züge, Straßenbahnen, Autos, Omnibusse, Wagen usw. zur Verfügung zu stellen, damit die Faschisten jeder kleinen Provinzstadt, jedes Vororts, so rasch wie möglich, besonders innerhalb Roms, an die Konzentrationsstelle geworfen werden können.

Gewöhnlich werden die Versammlungen an die Hauptverkehrspunkte der Städte gelegt, wo man mit einer größeren Anzahl Zuschauer und Neugieriger rechnen kann. In Rom hat man als Rednertribüne den Balkon des Palastes Chigi im Zentrum der Stadt auf der Piazza Colonna, in Mailand die Galerie Victor Emanuel, gegenüber dem Dom, gewählt.

Bei der ersten Nachricht von einer faschistischen Kundgebung, zumal wenn ein „Attentat" auf den „Duce" geklappt hat, schließen die öffentlichen Verwaltungen ihre Bureaus und geben ihren Angestellten den Befehl, in Massen daran teilzunehmen. Das gleiche geschieht in den Schulen, Gymnasien, Universitäten, Gerichten, Kasernen und übrigen staatlichen Unternehmen. Bei einer der letzten großen Versammlungen im Kolosseum in Rom hat man Delegationen aus 18 Provinzen von Toscana, Umbrien, Sabinia, den Abruzzen kommen lassen, alle in den „Fasci" und sogenannten faschistischen „Gewerkschaften" eingeschriebenen Mitglieder aus Latium dazu. Die hochoffiziöse römische „Tribuna" hat eine vollständige Liste dieser Delegationen gebracht. Das Blatt des früheren Generalsekretärs der faschistischen Partei, Farinacci, das „Regime Fascista", veröffentlicht die Liste von 26 Extrazügen zum Transport der Faschisten und der mit Gewalt in die sogenannten „Gewerkschaften" gepreßten Bauern und Landarbeiter nach Cremona. Ebenso zeigte „Popolo d'Italia", das Blatt Mussolinis selbst, 25 weitere Extrazüge zum Transport von 10 000 Faschisten nach Mailand an, die, zu den 5000 Faschisten der Stadt und den 5000 professionellen Neugierigen gerechnet, ausgereicht haben, mindestens einen Teil des Domplatzes auszufüllen.

Man muß dabei einmal in Rechnung stellen, daß selbst diese 20 000 Menschen, von denen ein Teil in Uniform war, wenn sie auch den Eindruck einer Gesamtheit machten, in Wirklichkeit nur den vierzigsten Teil der Mailänder Bevölkerung bilden, die 800 000 Köpfe zählt. Das gleiche Verhältnis gilt auch für Rom, Neapel, Palermo, Bologna usw. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung dieser Städte ist faschistenfeindlich und bleibt daheim, da es ihr ja doch nicht möglich ist, ihre entgegengesetzte Meinung kundzutun.

Das gleiche System der Zwangsrekrutierung und Sammlung ist im Schwange auch für die unbedeutendste faschistische Feier selbst in den kleinsten Städtchen. Bei solcher Gelegenheit vereinigen sich die Gruppen der einzelnen Stadtteile und der ganzen Umgebung überall da, wo ein Meeting, eine Beerdigung, eine Einweihung usw. stattfindet.

Die Faschisten der großen und kleinen Städte, jedes Stadtteils, würden sich, wären sie auf die eigene Kraft angewiesen, sehr bald blamiert sehen, da man dann hinter die Schliche ihrer großzügigen „Strategie" käme. Es liegt auf der Hand, daß das Ausland in Unkenntnis dieses faschistischen Rekrutierungssystems an die soliden Grundlagen des Faschismus glaubt. Naturgemäß belaufen sich die Kosten für solche Paraden auf Hunderttausende, ja auf Millionen Lire. Handelt es sich doch jedesmal um nichts anderes als um eine Mobilmachung. Die völlig unter Regierungskontrolle stehende Presse verstärkt durch ihre übertriebenen Aufzählungen noch den Eindruck solcher Paraden. Wir nehmen an, daß Mussolini selbst im innersten Herzen von der Zerbrechlichkeit aller dieser fragwürdigen Systeme überzeugt ist, aber er nutzt sie aus, um seiner eigenen Parole „Durchhalten" zu gehorchen.

Die illustrierte Presse des Auslandes zeigt öfter Photographien mit großen Menschenmengen, die dem „Duce" zujubeln. Wir wissen, wie diese Menschenmengen zusammenkommen. Was man aber auf den Bildern nicht ohne weiteres erkennen kann, ist der Umstand, daß die Proletarier in ganzen Kolonnen, aber völlig von Faschisten umgeben, auf dem Schauplatz zu erscheinen pflegen. Sie sehen beinahe aus wie Kriegsgefangene und verharren während der Dauer der Veranstaltung mit gekreuzten Armen und dem Ausdruck des Leidens und der Erniedrigung an dem ihnen zugewiesenen Platze.

Wenn Mussolini den Wunsch haben sollte, das Ausland ernsthaft von der wirklichen und unmittelbaren Macht seines Regimes zu überzeugen, so brauchte er nur den zwölf Millionen italienischer Wähler das Recht der freien Meinungsäußerung zu geben. Bei der ersten Berührung mit der Freiheit und dem Volke selbst würde der Faschismus wie von einem Wirbelsturm hinweggefegt werden!

„Ein Frühlingsmysterium".

Von Bruno Schönlank, dem wir schon für manche Sprechchordichtung dankbar sein müssen, ist im Volksbühnenverlag ein neues Werk erschienen, das den Titel trägt „Ein Frühlingsmysterium". Schönlank nennt es ein „dramatisches Chorwerk" und betont damit, daß es etwas Neues in der Sprechchorliteratur darstellt. Zu der gefühlsmäßigen Wirkung durch Wortton und Wortrhythmus kommt hier die Wirkung durch einen verstandesmäßig faßbaren Inhalt. Der Kampf zwischen Frühling und Tod wird bewußt dramatisch durch vier Akte gesteigert, um im fünften in einen Sieg des Frühlings auszuklingen. Tanz und Musik müssen das Werk bei der Aufführung ergänzen. Auch der Sprechchor selber wird zu stärkerer handelnder Beteiligung als sonst herangezogen, ohne daß damit die Grundidee, die ihn ins Leben rief, umgestoßen wird. Denn Schönlank kennt Schönheit und Gewalt von Wortton und Wortrhythmus. Er weiß, daß die dramatischen Akzente des Sprechchors am stärksten und eindringlichsten wachsen aus dem Auf- und Abschwellen der Stimmen, aus dem wechselnden Rhythmus, aus dem Binden und Abreißen der Rede, daß der Sprechchor nicht Sprache vermittelt, sondern Sprachmusik. Gleich im ersten Akt seines neuen Werkes gibt Schönlank in sechs knappen Zeilen des Frauenchors in diesem Sinne eine dramatische Steigerung von erstaunlicher Wucht:

Die Frauen: Sause, sause, Riemen!
Die Hände tragen Striemen.

(Sie wenden sich dem Frühling zu und rufen):
Frühling!
Blüten!
Ach wie grau
Waren unsre jungen Tage.

Man wird verstehen, daß hier die Wortmusik dasselbe wie der Inhalt, aber als viel stärkeren Eindruck, vermitteln kann, so daß auch der, dem die deutsche Sprache unbekannt ist, den Sinn dieser gesprochenen Worte verstehen müßte. Das Werk bedeutet also einen wirklichen Gewinn für den Sprechchor; seine Aufführung, die in zwei Matinee am 6. und am 13. März im Theater am Bülowplatz stattfinden soll, wird bereits vorbereitet.

Trude E. Schulz.

Maria Teresa, eine fremde Dame aus Amerika, tanzte im Blüthner-Saal. Soll die Gattin eines begüterten Kunsthändlers sein, die den Tanz zu ihrem Vergnügen betreibt. Nur zu ihrem. Borken, Knorren und Splitter vom morschen Stamm der Duncan. Musierender Dilettantismus. Lächeln auf den Lippen, Blei in den Beinen. Staunenswert nur die Ausdauer, mit der endlose Programmnummern ohne Unterbrechung heruntergeschrebelt wurden. Berlin war die erste Etappe einer großen Europa-Tournee. Von hier gehts nach Wien. Glückliche Reise! Unglückliches Wien.

J. S.

Die Galerie Neumann-Nierendorf veranstaltet im Rahmen ihrer literarischen Abende am 21., abends 8½ Uhr, in ihren Räumen einen Vortrag von S. p. Radecki aus Gogols Werken und am 22., abends 8½ Uhr, im Blüthner-Saal einen Vortrag aus eigenen Werken von Ernst Toller. Toller wird u. a. Novellen und Szenen aus neuen Dramen lesen.

Albert Moll spricht über „Die Geistesverfassung der Okkultisten als Grundlage der Okkultismusforschung" am 22., abends 8 Uhr, in der Aula des Werner-Siemens-Realgymnasiums, Hohenstaufenstr. 47/48, auf Einladung des Monistenbundes.

Urania. Der Goethe-Forscher Rudolf Meyer beginnt heute, abends 9 Uhr, einen Vortragszyklus über das Thema: „Goethe, Darwin, Haeckel".

In der Physiognomischen Studiengesellschaft spricht am 23. im Schubertsaal, Bülowstr. 104, Prof. Theodor Lessing-Hannover über „Antlitz und Charakter". Mitglieder frei, Gäste 1,50 M.

Der Jahresball des Vereins der Ausländischen Presse in Berlin findet heute abend in den Gesamträumen des Hotels Ablon als „Fest der Mimosa" statt.

Kuomintangs Siegesmarsch.

Hangtschau und Ningpo genommen.

London, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die letzten Nachrichten aus Schanghai zeigen, daß der Sieg der Kantonregierung in Hangtschau vollständig ist. Suns geschlagene Armee befindet sich nach diesen Meldungen plündernd und brandstiftend auf dem Rückzuge nach Schanghai. Einige tausend Flüchtlinge haben Schanghai bereits erreicht, wo sie außerhalb der ausländischen Konzessionen in einem Sammellager untergebracht werden. Außerdem hat die siegreiche Kantonarmee den Seehafen Ningpo genommen. Eine Abteilung der Garnison hat sich auf dem Seewege nach Schanghai geflüchtet. Nach „Central News" werden die Truppen Kantons bei ihrem Einmarsch überall mit großer Begeisterung begrüßt.

In Hankau wird noch immer verhandelt.

Hankau, 18. Februar. (Reuter.) Nach einer halbamtlichen Mitteilung sind die Verhandlungen zwischen dem britischen Gesandtschaftsrat O'Malley und dem Minister des Aeußeren der Kantonregierung Tschen nicht abgebrochen. Tschen sei jetzt bereit, ein Abkommen über die britische Konzession von Hankau zu unterzeichnen. Die nationalistische Regierung betrachte die kürzliche Erklärung Chamberlains als geeignete Grundlage für die Fortsetzung der Verhandlungen.

Entschädigung für Burmeister.

Hankau, 18. Februar. (WTB.) Die nationalistische Regierung hat dem deutschen Kaufmann Burmeister, der am 3. Januar bei den Unruhen in Hankau verletzt wurde und in ein Krankenhaus gebracht werden mußte, eine Entschädigung von 3300 Dollar zuerkannt.

Erklärungen des Kuomintangvertreters in Genf.

Genf, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Vertreter der Kuomintang in Europa, Li Sin-Huei, der einige Tage in Genf weilte, erklärte am Freitag Pressevertretern, daß zwischen China und Großbritannien solange kein Frieden sein könne, als die britische Politik gegenüber China noch zweideutig sei. Die Kuomintang lehne jede Verantwortung für die Folgen, welche durch die Landung britischer Truppen in Schanghai entstehen können, ab und sei entschlossen, die Freiheit und Unabhängigkeit Chinas mit allen Mitteln zu erkämpfen, bis das Ziel erreicht sei. Bei der Anspielung auf die Verbindung der chinesischen Nationalisten mit der Sowjetunion bemerkte Li Sin-Huei, es sei nicht zu vergessen, daß diese von sich aus an China alle früheren russischen Konzessionen zurückgegeben und sich von allen Verträgen der zarischen Regierung losgelöst habe. In bezug auf den chinesischen Vertreter im Völkerbundsrat sagte Li Sin-Huei, daß Botschafter Tschu mit der Kuomintang in Beziehungen gestanden und schon vor 15 Jahren als Senator in Peking ihr Mitglied gewesen sei. Die Kuomintang erkenne ihm zwar nicht die diplomatische Mission als Botschafter zu, die ihm von der Pekinger Regierung übertragen worden sei, dagegen erkenne sie alles an, was er im Sinne der nationalen Bewegung tue. Das gleiche Verhältnis bestehe auch zu allen anderen chinesischen Botschaftern im Auslande.

Zaleski zur Verhandlungsunterbrechung.

Die Ausweisungen eine innerpolitische Angelegenheit.

Warschau, 18. Februar. (WTB.) Der polnische Minister des Aeußeren Zaleski empfing heute die Vertreter der Presse und legte ihnen nochmals den polnischen Standpunkt zu dem Abbruch der deutsch-polnischen Handelsverträge dar. Der Minister schilderte zunächst den Verlauf der deutsch-polnischen Meinungsverschiedenheiten und setzte sodann nochmals die polnische Auffassung zu der Ausweisungsfrage auseinander, wobei er betonte, daß sich nach Ansicht der polnischen Regierung die

Ausweisungsfrage als ein Bestandteil der inneren Gesetzgebung des Staates

darstelle und nach polnischem Standpunkte eine Bindung in der Ausweisungsfrage durch internationales Recht aus Gründen der Rechtssouveränität zwecklos und unangebracht sei und zudem Anlaß zu ständigen internationalen Streitfällen bieten würde.

Die polnische Regierung ist bereit, so fuhr Zaleski fort, die Verhandlungen über den Gesamtkomplex der Wirtschaftsfragen jederzeit wieder aufzunehmen. Soll bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen künftig die Möglichkeit bestehen, sie rasch zu Ende zuführen, so wäre es zweckdienlich, den Arbeiten an dem Vertragsentwurf dadurch konkretere Formen zu geben, daß man zunächst die allgemeinen Grundsätze umreißt, die sich auf die wichtigen Probleme, nämlich Zollfragen und Rechte der physischen und juristischen Personen beziehen. Diese Grundsätze müßten dann die Grundlagen für den Vertrag bilden. Die Richtlinien der polnischen Politik ist der Wunsch, die deutsch-polnischen Beziehungen günstiger zu gestalten und hierzu kann nach unserer Meinung in erster Linie eine wirtschaftliche Verständigung führen. Die polnische Regierung wird aus der Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen

weder politische noch wirtschaftliche Konsequenzen

ziehen. Sie wird nach Präzisierung ihrer Stellung zu diesen Fragen die weitere Entwicklung in vollster Ruhe abwarten.

Abgeblitzte Scharfmacher.

Lex Bergarbeiterverband im Unterhaus abgelehnt.

London, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Unterhaus wurde am Freitag über einen konservativen Gesetzentwurf debattiert, nach dem jeder Arbeiter strafbar sein soll, der während Streiks oder Aussperrungen finanzielle Hilfe aus dem Ausland annimmt. Der Gesetzentwurf war selbst der Regierung zu weitgehend; sie stellte ihren Anhängern frei, für oder gegen den Gesetzentwurf zu stimmen. Die Abstimmung ergab die Ablehnung. Es wurde dabei viel bemerkt, daß der konservative Innenminister, Johnson Hicks, der gerade wegen seiner reaktionären Gesinnung in letzter Zeit fortgesetzt von der Arbeiterpartei heftig angegriffen wurde, mit der Labour-Party gegen den Gesetzentwurf stimmte.

Labour gegen Rußlandhetze.

London, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das gemeinsame Komitee der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei hat eine Entschließung angenommen, in welcher die neueste Agitation auf Abbruch der englisch-russischen Beziehungen verurteilt und als eine Gefahr für den Frieden bezeichnet wird.

Bresche im Mieterschutz!

Die Hirtsiefer-Verordnung bleibt bestehen. – Stürmische Landtagssitzung.

Der Landtag überwies in seiner Freitagsitzung zunächst ohne Debatte den sozialdemokratischen Antrag über den Stand der Strafrechtsreform dem Rechtsausschuß. Bei dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses auf Errichtung eines besonderen Wegausschusses beschuldigten die deutschnationalen Abgg. Dallmer und Bachem den Berichterstatter Abgeordneten Leinert, daß er durch eine Schiebung dem Zentrum den Vorsitz in diesem Ausschuß verschaffen wolle. Den Deutschnationalen sei es gleichgültig, ob sie den Vorsitz bekämen, aber sie ließen sich dem Zentrum zuliebe nicht vergewaltigen.

Abg. Dr. Heß (Z.): Mit genau derselben Offenheit und Ehrlichkeit wie der Herr Vorredner kann ich sagen, es liegt auch uns nichts daran. (Schallende Heiterkeit.) Aber nach den Beschlüssen des Geschäftsordnungsausschusses konnte der Berichterstatter gar nichts anderes vorschlagen.

Das Haus entscheidet mit 165 gegen 128 Stimmen nach dem Antrag des Berichterstatters.

Es folgt die Debatte und Entscheidung über die

Verordnung des Wohlfahrtsministers vom 11. November 1926 über die Freigabe der gewerblichen Räume.

Abg. Bartels-Krefeld (Komm.): Wir verlangen eine Stellungnahme des Gesamtkabinetts. (Händeklatschen auf den Tribünen.) Der Ministerpräsident soll erscheinen. An seinen Worten wollen wir die Doppelzüngigkeit der Sozialdemokratie aufzeigen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Deutschnationaler Lockspitzel!)

Abg. Meyer-Eßlingen (Soz.): Die Verordnung vom 11. November ist allein vom Wohlfahrtsminister ohne Kabinettsbeschluß erlassen. Nach dem Reichsgesetz über den Mieterschutz ist sie auch allein Sache des Wohlfahrtsministers. Das Haus hat zu entscheiden, ob die Verordnung aufrechterhalten bleibt oder aufgehoben wird. Wir lehnen es ab, uns nach dem Willen der Kommunisten zum Spielball politischer Intrigen gegen die preußische Regierung zu machen. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Der Antrag auf Herbeirufung des Ministerpräsidenten wird unter großer Heiterkeit der Linken gegen Deutschnationale und Kommunisten abgelehnt.

Ueber die Verhandlungen des Wohnungsausschusses berichtet Abg. Lüdemann (Soz.): Er stellt fest, daß dem Wohnungsausschuß nur ein Antrag auf glatte Aufhebung der Verordnung vom 11. November vorgelegen hat, und zwar der sozialdemokratische. Auch die Kommunisten hätten zugestimmt, daß dieser Antrag als der weitestgehende zuerst zur Abstimmung kam. Leider sei er abgelehnt worden.

Abg. Haese-Wiesbaden (Soz.):

Der Laden- und Gewerberaummieter hat sich eine wachsende Erregung über die Verordnung vom 11. November bemächtigt. Es wäre aber ungerecht, den Minister als Hauptschuldigen hinzustellen. Am 10. Mai 1926 haben Deutschnationale und Deutsche Volkspartei zusammen mit der Wirtschaftspartei diese Entrechtung des gewerblichen Mittelstandes hier gefordert. Handelskammern und Handwerkerkammern haben sich diesem Verlangen angeschlossen, und so haben die Gegner der Wohnungszwangswirtschaft einen Sieg errungen, **der volkswirtschaftlich verhängnisvoll ist.**

Die Sozialdemokratie hat diese Verordnung stets aufs entschiedenste bekämpft. Um so unverständlicher, daß die Kommunisten uns jetzt unterschieben wollen, wir seien Gegner der Wohnungszwangswirtschaft und des Mieterschutzes. Nein, das sind die Kommunisten selbst. (Sehr gut! bei den Soz.) **Die von ihnen geforderte glatte Abschaffung der Hauszinssteuer würde gleichzeitig das Ende des Mieterschutzes bedeuten.**

Die Verordnung vernichtet nicht nur eine Fülle von Existenzen bei den Ladenraummietern; die Erhöhung der Ladenmieten muß auch zu einer allgemeinen Steigerung der Preise und der Erwerbslosigkeit führen. Einem kleinen Prozentsatz der Bevölkerung wird ein großer mühelosen Gewinn in den Schoß geworfen und das notleidende Volk wird dafür aufgeopfert. Im Vertrauen auf den Mieterschutz haben die Ladenbesitzer keine langfristigen Verträge abgeschlossen, und jetzt sehen sie sich brutal hinausgeworfen, ohne Ersatzraum, ohne praktisch wirksamen Schutz gegen den Mietwucher. Mein Kollege Kahl-Dortmund hat unter den zahllosen uns zugegangenen Beschwerden 62 nachgeprüft und festgestellt, daß in diesen 62 Fällen 156 Familienangehörige und 200 Arbeiter und Angestellte arbeitslos werden. (Hört! hört! bei den Soz.) Dabei sitzen von diesen 62 Geschäftsraminhabern nur 9 weniger als 10 Jahre im gleichen Laden.

Nur die Aufhebung der Verordnung vom 11. November kann diese Katastrophe verhindern.

Die Wohnungszwangswirtschaft muß einem Teil unserer Wirtschaftsordnung bleiben, bis sich einmal Angebot und Nachfrage ausgleichen. Wir lehnen es ab, den Hausbesitzern die Taschen zu füllen und die Mieter zu verelenden. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Steinhoff (Dnat.): Wir stehen geschlossen auf dem Standpunkt der freien Wirtschaft. Aber die Gewerbetreibenden wollen wir auch vor Bewucherung schützen. (Zuruf links: Eiertanz.) Der Wohlfahrtsminister hat mit seiner Verordnung, gegen deren Aufhebung wir stimmen werden, nur Verwirrung und Unordnung hervorgerufen, und wir sprechen ihm deshalb unser Mißtrauen aus. (Lachen links!)

Abg. Kölges (Z.): Ueber das Schicksal der preußischen Koalition werden die Koalitionsparteien selber bestimmen. Wir lassen uns weder von den Kommunisten noch von den Deutschnationalen unsere Politik vorschreiben. Der Wohlfahrtsminister hat sich alle Mühe gegeben, den Wohnungsbau zu fördern. Die ihn dabei nicht unterstützt haben, dürfen jetzt nicht klagen. Die Verordnung des Wohlfahrtsministers ist **von allen maßgebenden Kreisen des Mittelstandes gebilligt** worden.

Abg. Dr. Grundmann (D. Vp.): Wir sind grundsätzlich für freie Wirtschaft. Heute aber mögen die Regierungsparteien selber sehen, wie sie ihren Streit entscheiden.

Die Beschwerden über die Verordnung des Ministers kommen meist von Leuten, deren Gesichter keine germanischen Züge tragen. (Stürmische Zurufe und Bewegung links.)

Abg. Hoff (Dem.) tritt für Hinausschiebung des Inkrafttretens der Verordnung ein.

Wohlfahrtsminister Hirtsiefer:

Die Beschwerden gegen die Verordnung sind außerordentlich wenig zahlreich. Der Ansturm gegen den Mieterschutz war so heftig, daß Zweifel darüber bestanden, ob im Reichstag überhaupt eine Mehrheit für ihre Verlängerung über den 1. Juni 1927 hinaus zu erreichen wäre. Ueber die paar geschädigten Geschäftsinhaber regt man sich jetzt viel mehr auf als über Tausende von abgebauten Beamten oder Arbeitern. Der Landtag muß entscheiden, ob die Verordnung bestehen bleiben oder aufgehoben werden soll. Aendern und verschieben läßt sich daran nichts. Einer Entscheidung für die Aufhebung würde ich mich als parlamentarischer Minister fügen, aber verschonen sie mich mit den juristisch unmöglichen Kinkerlitzchen der demokratischen Abänderungsanträge.

Abg. Ladendorff (Wp.) wirft den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei vor, daß sie ihren Standpunkt zur Verordnung des Ministers mehrmals geändert hätten.

Abg. Drügemüller (Soz.):

Die beiden Rechtsparteien haben auf Freigabe der gewerblichen Räume gedrängt. Danach haben sie die Aufhebung der Verordnung verlangt, weil der ehrliche Hausbesitz „dem verantwortungslosen Treiben unredlicher Hausbesitzer machtlos gegenüberstehe". Heute haben sie durch Herrn Steinhoff die dritte Parole ausgegeben. Wahrscheinlich hat der Graf wieder anders befohlen. (Heiterkeit.)

Die Rechtsparteien führen hier ein unwürdiges parlamentarisches Theater auf; sie würden sagen, das Ganze sei nur die Politik der Straße. (Sehr gut! links.) Die Kommunisten beschimpfen uns, weil wir nicht versuchen, den Wohlfahrtsminister zu stürzen.

Sie wollen um jeden Preis das Wohlfahrtsministerium in die Hände der Deutschnationalen oder der Wirtschaftspartei spielen.

(Sehr gut links!) Unter den Ladenmietern sind zahllose alte Leute, die durch die Inflation ihr Vermögen verloren haben, und Kriegsbeschädigte. Sie will man jetzt vernichten, um ausländische Hausbesitzkonzerne zu bereichern. Für die Deutschnationalen ist die ganze Frage, wie jede andere, nur ein Mittel, um ihren Platz an der Futterkrippe zurückzuerobern. Wir wollen, daß, ehe die Zwangswirtschaft fällt, ein soziales Wohnrecht jedem schutzbedürftigen Deutschen Schutz auch vor der Ausbeutung im Mietswesen gibt. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte. In namentlicher Abstimmung wird zunächst **der sozialdemokratische Antrag, die ganze Verordnung aufzuheben, mit 222 gegen 142 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.**

Abgelehnt wurde ferner in namentlicher Abstimmung der **demokratische Antrag**, die Verordnung dahin abzuändern, daß nach ihr **Kündigungen und Mietssteigerungen ausgeschlossen sind.**

Der **sozialdemokratische Antrag**, das Inkrafttreten der Verordnung auf den 1. April 1928 zu verschieben, wurde ebenfalls **abgelehnt,**

dagegen wurde angenommen der demokratische Antrag, die Kündigungsfristen auf den 30. September 1927 hinauszuschieben.

Während der Abstimmung hatte sich auf den stark besetzten Tribünen eine große Erregung bemerkbar gemacht. Wiederholte Ermahnungen des Präsidenten zur Ruhe waren erfolglos. Nach der letzten Abstimmung, deren Ausfall auf den Tribünen offenbar mißverstanden wurde, machten die Tribünenbesucher großen Lärm, so daß sich der Präsident gezwungen sah, die Sitzung zu unterbrechen und die Tribünen räumen zu lassen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung vertagte der Präsident die weitere Beratung auf Sonnabend vormittag 11 Uhr.

Die Thüringer Regierungsfrage.

Ein Programm der Sozialdemokratie für die Regierungsbildung.

Weimar, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirksvorstand der SPD. und die sozialdemokratische Fraktion des thüringischen Landtags haben am Sonnabend ein Programm für die Regierungsbildung in Thüringen veröffentlicht. Einleitend wird gesagt, daß die Landtagswahl vom 30. Januar 1927 den bisherigen Regierungsparteien die wohlverdiente Niederlage gebracht hat und die Oppositionsparteien die Mehrheit erhalten haben. In diesen Tatsachen drücke sich der politische Wille des thüringischen Volkes aus. Die jetzige Regierung müsse verschwinden und als stärkste Partei der bisherigen Opposition übernehme die Sozialdemokratie die Führung bei der Neubildung der Regierung. Sie könne aber diese Pflicht nur erfüllen, wenn die bisherigen Oppositionsparteien gewillt seien, das System des Ordnungsbundes nicht, sei es auch nur in versteckter Form, fortzusetzen.

Von diesem Gesichtspunkte aus bezeichnet die Sozialdemokratische Partei schließlich die sofortige Inangriffnahme einer großen Reihe von Maßnahmen auf den Gebieten des Wirtschaftslebens, der Steuern und Finanzen, des Unterrichts und der Erziehung, der Justiz und der Verwaltung für notwendig.

Das Studentenrecht.

Aussprache im Bund freiheitlicher Akademiker.

Der „Bund freiheitlicher Akademiker" hatte zu gestern abend in die Räume der Deutschen Gesellschaft zu einer Aussprache über den gegenwärtigen Hochschulerlaß und die schwebenden Fragen des Studentenrechts geladen. In der gut besuchten Versammlung ergriffen namens der Sozialdemokratischen Partei Genosse Professor Wäntig, namens der Demokratischen Partei Abgeordneter Dr. Bohner und namens des Zentrums Herr Dr. Broermann das Wort. Die Darlegungen der Redner klangen teils unter Schilderung der historischen Entwicklung der studentischen Selbstverwaltung in Preußen, teils unter Klarstellung der Hintergründe, die zu der bisherigen Fronde der Studentenschaft gegen Ministerium und Staat geführt haben, in der Forderung aus, daß nunmehr bald eine endgültige Regelung der Studentenrechtsfragen erfolgen müsse.

Die Ausführungen der Diskussionsredner, die aus den verschiedenen Lagern der freiheitlichen Akademikerschaft kamen, unterstrichen die Forderungen der Referenten. Insbesondere wurde von Genossen Dr. Friedländer unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung gefordert, daß noch vor Verabschiedung des Kultusetats von dem Minister eine eindeutige Erklärung darüber verlangt werden müsse, daß er, nachdem die preußischen Studentenschaften nunmehr formell ihre Zustimmung gegeben hätten, Anfang März spätestens die Staatsministerialverordnung den Beschlüssen des Landtags gemäß mit Wirkung ab 1. Oktober d. J. abändern möge. In seinem Schlußwort betonte Genosse Dr. Wäntig nochmals die unbedingte Notwendigkeit, den Staatswillen zur Geltung zu bringen, denn bereits jetzt habe sich gezeigt, daß bei einem wirklich energischen Auftreten des Ministeriums die Studentenschaft wisse, daß sie sich vor den Staatsnotwendigkeiten zu beugen haben.

Der Fall Keudell im Landtag.

Eine kommunistische Anfrage.

Im Preußischen Landtag ist eine Große Anfrage der kommunistischen Fraktion eingegangen, die sich mit den Ausführungen des Reichskanzlers Dr. Marx vom 11. Februar im Reichstage zum Fall Keudell beschäftigt.

Das Staatsministerium wird gefragt, ob es zutreffe, Herrn v. Keudell, einen Anhänger Kapps, ohne eine Untersuchung gegen ihn durchzuführen, wiederum in den Staatsdienst aufnehmen wollte, und daß diese Wiederverwendung lediglich an der Weigerung Keudells selbst scheiterte.

Wer war für die Handlung des Falles Keudell innerhalb des preußischen Staatsministeriums zuständig, auf wessen Vorschlag und mit welcher Begründung erfolgte die Aufforderung zur Wiederverwendung im Staatsdienst?

Mängel der Sozialversicherung.

Praktische Erfahrungen im Berliner Arbeitersekretariat.

In der zu Donnerstagabend vom Berliner Ortsausschuß des ADGB. nach dem Gewerkschaftshaus emberufenen und gut besuchten Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre sprach der Arbeitersekretär Genosse Zippel über das Thema „Grundsätzliches über die Aenderungen in der Sozialversicherung". Der Ortsausschuß hatte dieses Thema gewählt, weil die in der letzten Zeit erfolgten Aenderungen in der Sozialversicherung zu zahlreichen Klagen der Versicherten Anlaß gegeben haben und eine Revision der Bestimmungen der Sozialversicherung als dringend notwendig erscheinen lassen. Der Redner wandte sich zunächst den neuesten Bestimmungen über die Wochenhilfe bzw. Familienhilfe zu. Diese Bestimmungen erscheinen gegenüber dem früheren Zustand geradezu ideal. Die Abmachungen zwischen den Krankenkassen und Hebammen bzw. ihren Verbänden gehen dahin, daß die Hebamme für jede Entbindung 36 M. erhält. Es ist aber nicht festgelegt, welche Arbeitsleistungen sie für diese Entschädigung zu verrichten hat. Die Hebammen waren mit diesem Satz nicht zufrieden und beschieden sich mit der Summe nur wegen ihrer wirtschaftlichen Notlage. In der Praxis zeigt sich nun, daß die Hebammen ihre Hilfe nur auf das Allernotwendigste beschränken, wodurch die Entbindenden nicht selten schwer geschädigt werden. Es muß von den Krankenkassen verlangt werden, daß sie die Dienstleistungen der Hebammen spezialisieren und

nach Regel- und Mehrleistungen unterscheiden.

Die Aenderung dieser Bestimmungen darf jedoch keinesfalls auf Kosten der Versicherten vorgenommen werden. Genosse Zippel ging dann eingehender auf die Aenderungen in der Unfallversicherung ein, die viel umfangreicher sind.

Die wichtigsten neuen Bestimmungen sind die am 24. Juli 1925 in Kraft getretenen über die Berufskrankheiten. Der Gesetzgeber hat zweifellos die Absicht gehabt, die Interessen der Versicherten mehr als bisher wahrzunehmen. Die von den Berufsgenossenschaften geübte Praxis läßt jedoch erkennen, daß bei ihnen diese Absicht nicht besteht. Als Tag des Eintritts einer Berufskrankheit soll der Tag der Anmeldung der Krankheit bei der Krankenkasse gelten. Die Berufsgenossenschaften versuchen durch ihre Vertrauensärzte jedoch

den Beginn der Krankheit auf Jahre vorzudatieren,

um sich ihrer Entschädigungspflicht zu entziehen. Sie sind zur Entschädigung für solche Berufskrankheiten, die durch die neueren Bestimmungen als solche anerkannt sind, nur verpflichtet, wenn sie nach dem Mai 1925 eingetreten sind. Dem Versicherten und mit dem Entschädigungsantrag Abgewiesenen steht zwar das Recht der Berufung an das Oberversicherungsamt zu, dessen Aerzte aber meist dem Gutachten der berufsgenossenschaftlichen Aerzte beitreten. Als letzte Instanz kommt das Reichsversicherungsamt in Frage, bei dem der Beschwerdeführer das Gutachten bezahlen muß, wenn es sich weigert, dieses von sich aus abzugeben. Das kann aber in den seltensten Fällen ein Versicherter, weil die Honorare der dortigen ärztlichen Kapazitäten für ihn unerschwinglich sind. Die Tendenz der Aerzte bei den Berufsgenossenschaften geht jedenfalls dahin, die Berufsgenossenschaften der Entschädigungspflicht und Rentenzahlung möglichst zu entheben. Hier muß gefordert werden, daß die Berufsgenossenschaften unter allen Umständen entschädigungspflichtig sind, sofern überhaupt eine Berufskrankheit festgestellt ist.

Eine andere neuere Bestimmung ist die über die Entschädigungspflicht für Unfälle, die Arbeiter

auf dem Wege von oder zur Arbeitsstelle

erlitten haben. Diese Bestimmung könnte außerordentlich Gutes stiften, wenn hier nicht auch wieder die Auslegung dieser Bestimmung durch die Berufsgenossenschaften eine mehr als merkwürdige wäre. Hier verlangt die Berufsgenossenschaft, daß der Verunglückte den kürzesten Weg von oder zu der Arbeitsstelle gewählt hat und versucht sich jeder Entschädigungspflicht zu entziehen, wenn er auch nur um eine Minute vom kürzesten Weg abgewichen ist. Wenn die Unfälle nicht sehr schwer sind oder nicht durch Zeugen einwandfrei nachgewiesen werden können, gelingt es meist, die Rente zu erlangen. Viel schwieriger ist es, wenn der Unfall tödlich verläuft und die Hinterbliebenen Entschädigung bzw. Rente verlangen. Hier kann meist nur ein Indizienbeweis geführt werden, bei dem meist die Berufsgenossenschaft obsiegt und von der Entschädigung freikommt. Wenn man das Sträuben der Berufsgenossenschaft in solchen Fällen noch verstehen kann, wo es sich um die Zahlung einer lebenslänglichen Rente an die Hinterbliebenen handelt, kann man das aber nicht bei den kleineren Unfällen. Auch hier ist eine Aenderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen dringend notwendig. Einen weit größeren Umfang nehmen die Bestimmungen über das Frühheilverfahren ein, die vom Gesetzgeber erlassen sind, um die Verletzten so schnell wie möglich wieder herzustellen oder den erlittenen Schaden zu mindern. Der

Streit zwischen den Berufsgenossenschaften und den Krankenkassen um die Kosten für das Frühheilverfahren

wirkt sich nur zuungunsten des Versicherten aus, dessen Heilung dadurch verzögert wird. Von den Berufsgenossenschaften muß verlangt werden, daß sie den ihnen auferlegten Pflichten auch nachkommen und nicht den größten Teil ihrer Verpflichtungen auf die Krankenkassen und die Versicherten abwälzen.

Unhaltbar ist auch die Bestimmung über die Abfindung der 10prozentigen Renten, wodurch es dem Rentenempfänger äußerst schwer gemacht wird, wieder Rente zu erlangen, wenn sich sein Zustand einmal verschlimmert und seine Erwerbsfähigkeit mehr als früher gemindert ist. Da eine Abfindung ohne Einverständnis des Betreffenden nur bei Rentenempfängern vorgenommen werden kann, die weniger als eine 15prozentige Rente erhalten, sollte jeder, der eine höhere Rente bezieht, eine einmalige Abfindung in seinem eigensten Interesse ablehnen. Die veränderte Stellungnahme der medizinischen Wissenschaft zur traumatischen Neurose hat auch eine andere Stellungnahme der Berufsgenossenschaften nach sich gezogen. Die Berufsgenossenschaften vertraten bisher die Auffassung, daß die infolge eines Betriebsunfalles an traumatischer Neurose Erkrankten zu entschädigen seien. Sie schließen sich aber jetzt der von der medizinischen Wissenschaft, vornehmlich von Professor Dr. Stier vertretenen Auffassung an, daß

die traumatische Neurose mit Betriebsunfällen in keinem Zusammenhang

stehe und auch nicht entschädigungspflichtig sei. Gegen diese Auffassung, die sich schon sehr fühlbar auswirkt und teilweise zur Kürzung von 100prozentigen Renten auf 25prozentige geführt hat, muß mit allem Nachdruck Front gemacht werden.

Der Referent behandelte dann noch die Einflußlosigkeit der Versichertenvertreter und die Schwierigkeiten der Rentenerlangung bei der Invalidenversicherung. Er faßte seine Forderungen an die Berufsgenossenschaften, hinter die sich auch die Gewerkschaften stellen müssen, wie folgt zusammen:

Die Renten müssen nach dem wirklichen Jahresarbeitsverdienst berechnet werden. Das Frühheilverfahren muß mit tüchtigen Fachärzten nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen und mit den modernsten technischen Erkenntnissen und Errungenschaften durchgeführt werden. Die Kosten des Frühheilverfahrens haben die Berufsgenossenschaften allein zu tragen. Die Abfindung aller Renten darf nur im Einverständnis der Verletzten vorgenommen werden. Die Versichertenvertreter müssen einen größeren Einfluß erhalten.

Dem instruktiven und beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Erörterung an, in der eine Reihe von Fragen gestellt und treffende Beispiele dafür angeführt wurden, daß eine Aenderung der hier angedeuteten Mißstände unerläßlich ist.

Die Arbeitslosigkeit in den Verbänden.

Verschärfung auch im Januar.

Die regelmäßigen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit, die von den Gewerkschaften, die dem ADGB. angeschlossen sind, vorgenommen werden, zeigen, daß im Januar gegenüber dem Vormonat eine weitere Verschärfung der Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Insgesamt wurde berichtet über 3 293 221 Mitglieder, eine Zahl, die keineswegs identisch ist mit der tatsächlichen Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften, die dem ADGB. angeschlossen sind. Gegenüber dem Vormonat hat sich die Zahl um rund 240 000 erhöht. Davon waren arbeitslos 555 397; verkürzt arbeiteten 212 389.

Die Steigerung der Zahl der Mitglieder, über die berichtet wurde, ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die Beteiligung des Bergarbeiterverbandes. Da bei den Bergarbeitern die Arbeitslosigkeit nur eine geringe ist, sie beträgt nur 2,8 Proz., so wird das Gesamtergebnis durch diese Teilnahme verschoben. Nimmt man die Bergarbeiter aus und vergleicht man den prozentualen Anteil der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter in den übrigen Verbänden, so ergibt sich eine Steigerung der Arbeitslosigkeit von 17,2 Proz. Ende Dezember 1926 auf 17,6 Proz. Ende Januar 1927. Die Kurzarbeit ist auch im Januar weiter zurückgegangen, was aber keineswegs, wie die Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigt, auf eine günstige Entwicklung hindeutet. Die Kurzarbeit sank von 7,1 auf 6,8 Proz. Prozentual verteilt sich die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit folgendermaßen:

Name des Verbandes	Arbeitslose				Kurzarbeiter			
	Januar 1927			Dez. 1926	Januar 1927			Dez. 1926
	männl.	weibl.	zus.	zus.	männl.	weibl.	zus.	zus.
Baugewerksbund	43,5	—	43,5	41,1	—	—	—	—
Bekleidungsarbeit.	24,7	26,7	25,7	24,3	16,3	17,7	17,0	15,1
Bergarbeiter	2,8	0,5	2,8	—	0,5	—	0,5	—
Böttcher	9,9	—	9,9	10,1	1,5	—	1,5	1,5
Buchbinder	11,2	11,9	11,7	11,1	8,0	8,6	8,4	7,6
Buchdrucker	4,1	—	4,1	4,5	0,7	—	0,7	0,4
Dachdecker	50,0	—	50,0	41,9	10,7	—	10,7	9,2
Fabrikarbeiter	14,8	13,3	14,5	15,2	6,3	9,0	6,9	7,5
davon Keramischer Bund	18,9	12,6	17,8	18,0	6,3	6,8	6,4	7,7
Fleischer	16,4	11,1	15,7	17,7	4,7	5,1	4,7	8,9
Friseurgehilfen	3,8	2,9	3,7	4,9	—	—	—	—
Gärtner	30,3	27,0	29,8	26,4	—	—	—	0,8
Gem.- u. Staatsarb.	2,7	4,6	3,0	2,7	0,1	0,8	0,2	0,3
Graph. Hilfsarbeit.	10,7	5,4	7,1	7,2	2,2	3,8	3,3	3,2
Holzarbeiter	22,9	16,7	22,5	22,5	8,5	24,2	9,7	8,6
Hutarbeiter	20,6	28,8	25,9	28,1	20,0	14,1	16,2	25,1
Kupferschmiede	17,4	—	17,4	16,5	3,4	—	3,4	2,6
Lebensmittel- und Getränkearbeiter	6,5	11,4	6,8	6,5	0,2	1,3	0,3	0,7
Lederarbeiter	12,2	11,7	12,1	13,3	3,5	0,8	3,0	4,6
Lithographen	7,8	9,4	7,8	8,4	4,5	—	4,5	5,6
Maler	38,3	4,6	38,2	33,6	3,0	11,1	3,0	2,7
Maschinisten	10,7	17,9	10,7	11,3	3,5	21,4	3,6	3,4
Metallarbeiter	16,1	10,6	15,7	16,0	10,4	12,2	10,5	10,8
Nahrungs- und Genußmittel.	15,2	14,4	14,8	16,4	3,5	10,0	6,4	5,3
Sattler, Tapez., Portefeuiller	26,3	16,9	24,7	22,9	13,4	15,7	13,8	13,1
Schuhmacher	15,9	14,0	15,1	17,1	13,1	12,5	12,9	11,9
Steinarbeiter	15,3	1,3	15,2	15,2	7,7	8,9	7,7	7,3
Tabakarbeiter	11,4	12,2	12,0	12,3	10,4	17,0	15,4	20,5
Textilarbeiter	8,3	9,5	9,0	10,0	9,5	11,0	10,4	12,5
Verkehrsbund	9,1	7,1	8,9	8,8	4,3	4,0	4,3	4,7
Zimmerer	39,0	—	39,0	28,9	—	—	—	—
Zusammen	17,9	12,1	16,9	—	5,6	10,8	6,4	—
zusammen ohne die Bergarbeiter	18,8	12,1	17,6	17,2	5,9	10,8	6,8	7,1

Eine wesentliche Steigerung der Arbeitslosenziffern haben insbesondere die Bauarbeiter und die Gärtner, aber auch bei den Bekleidungsarbeitern, den Buchbindern, den Gemeinde- und Staatsarbeitern den Sattlern und Portefeuillern hat die Arbeitslosigkeit im Januar zugenommen, so daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht nur eine saisonmäßige ist. Die „günstige Wirtschaftslage", in der sich die Unternehmungen zweifellos befinden, wirkt sich für die Arbeiterschaft infolge der niedrigen Löhne und der langen Arbeitszeit durch eine katastrophale Arbeitslosigkeit aus.

Lohnbewegung der Eisenbahner.

Montag Beschlußfassung.

Die Eisenbahnerorganisationen treten am kommenden Montag zu einer Besprechung zusammen, um zur Kündigung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrags Stellung zu nehmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte es zur Kündigung der Lohnbestimmungen kommen, da ein Ausgleich zwischen den Löhnen und der seit den letzten Lohnabmachungen weiter gestiegenen Teuerung als eine Selbstverständlichkeit getrachtet werden muß.

Der Kampf um den Achtstundentag.

23 000 Textilarbeiter ausgesperrt.

Görlitz, 18. Februar. (WTB.) Nachdem heute nach Arbeitsschluß auch die Textilarbeiter in Seidenberg ausgesperrt worden sind, beträgt die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in der Bezirksgruppe Görlitz-Seidenberg rund 2500. Morgen erfolgt die Aussperrung in der Bezirksgruppe Reichenbach i. Schlesien, so daß dann insgesamt 23 000 Arbeiter ausgesperrt sein werden.

Die Tarifbewegung im Einzelhandel.

Stellungnahme der Angestellten.

Wie bekannt, haben die Unternehmer des Berliner Einzelhandels den Manteltarif der kaufmännischen Angestellten mit Wirkung vom 31. März d. J. gekündigt. Am kommenden Mittwoch werden die Funktionäre der Fachgruppe Einzelhandel im Zentralverband der Angestellten Stellung zur Tariflage nehmen. Es ist begreiflich, daß die Angestellten an der bevorstehenden Tarifbewegung starkes Interesse nehmen. Sie werden aber auch gut tun, sich rechtzeitig zu rüsten und durch eifrige Werbung für den Zentralverband der Angestellten ihre Front zu stärken.

Amsterdam und Zürich.

Gemeinsame Tagung in Amsterdam.

Amsterdam, 18. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Gewerkschaftsbund tritt am 26. Februar zu einer gemeinschaftlichen Sitzung mit dem Bureau der Sozialistischen Internationale zusammen. Beratungen über die Weltwirtschaftskonferenz, die politische Lage usw. stehen auf der Tagesordnung. An der Sitzung werden Vertreter der italienischen Partei und Gewerkschaften teilnehmen, da u. a. auch über die Bekämpfung des Faschismus beraten werden wird.

Die Transportarbeiter-Internationale hat zur Unterstützung des Streiks der 20 000 Eisenbahner in Britisch-Indien Geld nach dort gesandt.

Arbeitsrechtliche Informationsabende für Betriebsräte. Die Berliner Gewerkschaftsschule veranstaltet regelmäßig in 14tägigem Turnus, Dienstags abends von 7 bis 9 Uhr im Saal 3 bzw. Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 24/25, Arbeitsrechtliche Informationsabende für Betriebsräte, die dazu dienen sollen, die Mitglieder von Betriebsvertretungen über alle wichtigen arbeitsrechtlichen Vorgänge und grundsätzlichen Urteile zu informieren. Die Abende werden in Form einer freien Aussprache durchgeführt. Die Kollegen können wichtige grundsätzliche Fragen selbst aufwerfen und zur Debatte stellen, so daß Gewähr dafür geboten ist, daß an diesen Abenden jeder Betriebsrat über die ihn interessierenden wichtigen arbeitsrechtlichen Fragen Aufklärung finden kann. Die Leitung dieser Abende hat vorläufig der Genosse Dr. Broecker vom Vorstand des ADGB. übernommen. Die nächsten Informationsabende finden am 8. und 22. März statt.

SPD.-Metallarbeiter.

Montag, 21. Februar, 7 Uhr, in den Residenz-Festsälen, Landsberger Straße 31, wichtige Fraktionsversammlung. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Partei- und Verbandsbuch legitimiert.

Der Fraktionsvorstand.

Achtung, SPD.-Zimmerer! Sonntag, 20. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, Versammlung sämtlicher der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angehörenden Mitglieder der Zahlstelle Berlin und Umgegend des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands. Wegen der überaus wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß jeder einzelne erscheint.

Der Fraktionsvorstand der SPD.-Zimmerer.

Achtung, Zimmerer vom Bezirk 31 (Pankow)! Heute findet im Lokal Hamann, Pankow, Maximilianstr. 44, abends 8 Uhr, unsere Bezirksversammlung statt. Erscheinen aller ist Pflicht.

Die Bezirksleitung.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Sonnabend, 7½ Uhr, tagen die Gruppen: **Baumschulenweg:** Gruppenheim Jugendheim Ernststr. 16. **Bunter Abend.** — **Nordkreis:** Kassierersammlung im Jugendheim Schönstedtstraße 1, Lehrlingsheim. — **Sonntag** drei Besichtigungen: Vormittags 10, 10½ und 11 Uhr der Diagnostischen Abteilung des Deutschen Krankenkassenverbandes, Landsberger Str. 45–47.

Jugendgruppe des FDA. Morgen, Sonntag, vormittags 10 Uhr, findet eine Besichtigung der Anlagen des Osthafens statt. Treffpunkt für alle Teilnehmer vormittags 9¾ Uhr vor dem Eingang, Stralauer Allee 1–16.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ecksorn; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen".

Ich bin Richter

Mein Beruf ist es zu wägen. Auch als Raucher bin ich von diesem meinen Beruf ausgegangen, indem ich nicht eine, sondern alle Zigarettenmarken geraucht habe, damit ich vergleichen konnte. Wenn ich immer wieder auf die Enver Bey Zigaretten zurückgreife, so sagt das mehr als alle Worte: Sie haben nicht ihresgleichen

ENVER BEY

Fabelhaft 3 ₰ · Ballnacht 4 ₰ · Gold 5 ₰

W. H. Wittig

Die Schrippenkirche

Wer kennt die Schrippenkirche? — Der eine oder der andere hat schon mal was davon läuten hören; aber selbst der Schupobeamte, der zwei Reviere davon in der morgenstillen Straße patrouilliert, kennt noch nicht einmal den Namen. Und auch von all den braven Sonntagschristen, die pünktlich um 10 Uhr ihre guten Kleider, ihre schwarzen Gesangbücher und ihre ehrbaren Mienen zur Schau stellen, wissen auch nur sehr wenige von dieser merkwürdigen Kirche mit dieser echt berlinischen Schutzpatronin: Sta. Schrippe. Ja, die Schrippenkirche liegt abseits von wohlbegüterter, umfriedeter Bürgerlichkeit, und ihre Gemeinde sind die Aermsten, die Unglücklichsten, die ewigen Außenseiter, die Ausgestoßenen. Alle Sonntag wird in zwei Sälen morgens um 8 Uhr „Schrippenkirche" gehalten; in der Ackerstraße für Männer, in der Schönhauser Allee für Frauen. Es gibt da, vor der Predigt, einen Topf warmen Kaffee und zwei Schrippen, und in dieser Morgenfeier treffen sich alle die, die im Wartesaal, Vormittagskino und Obdachlosenkneipe noch endlos lange Sonntagstunden hinbringen müssen, bis sich ihnen die Tür des Asyls wieder öffnet. Denn der Sonntag ist der graueste Tag im Leben dieser Ausgestoßenen; an Wochentagen können sie gut hier und dort im Gewühl untertauchen, aber der Sonntag entlarvt sie in ihren zerknitterten Lumpen unbarmherzig als das, was sie sind: Strandgut des Lebens, menschliche Wrackstücke.

„Kommet her zu mir alle . . .", ach ja, mühselig und beladen mit Not und Sorge sind sie alle, die Frauen, die da von 8 Uhr an einzeln und in kleinen Gruppen zur Tür des Gemeindehauses der Gethsemane-Gemeinde kommen. Drinnen in dem großen, nüchternen Saal stehen schon drei lange Tafeln für sie bereit; die Tische sind mit weißem Kreppapier gedeckt und saubere graue Töpfe stehen drauf. Flüsternd nehmen die Frauen Platz. Rund um die Tische gehen die Helferinnen, würdige Patronessen, ein paar Diakonissen und ein junges Mädchen. Welch ein Kontrast zwischen der gepflegten Bürgerlichkeit dieser Erscheinungen und den armen Gästen der Schrippenkirche! Manche der armen Frauen sucht noch durch den Hut oder eine räudige Mütze ihr Elend ein wenig wohlanständig aufzuschminken, doch gerät gerade der Versuch meist ins Groteske. Die meisten haben diese „Versuche mit untauglichen Mitteln" längst aufgegeben. Die Gesichter sind stumpf, zermürbt von ewig gleicher Sorge, oder roh, einige wenige von wieselhaft pfiffigem und listigem Aussehen. Fast alle umfassen den Kaffeetopf mit der typischen Gebärde der Not, die selbst diese arme Wärme mit beiden Händen umklammert. — Dann ist das Frühstück beendet. Der Herr Pastor besteigt das Katheder hinter dem Altar. „Wir singen nun zwei Verse von dem Liede: „Ich bete an die Macht der Liebe" . . . Gesangbücher gibt es nicht. Der Herr Pfarrer spricht je zwei Zeilen vor. Kaum einer der Kaffeegäste fällt bei dem Orgelspiel mit ein — sie mögen denken, daß sie ihre zwei trockenen Schrippen und den Topf Kaffee mit dem Anhören der Predigt genügend bezahlen. Und was für eine Predigt ist das! Hier sitzen vor dem Herrn Pastor die Aermsten, die Mühseligsten: Menschen, die nur ein franziskanischer Geist in Liebe und Demut als seine Brüder grüßen kann. Der Herr Pastor ist aber wahrhaftig mit keinem Tropfen dieses Oeles gesalbt, und so hat er sich den Text seiner Rede nicht aus der Bergpredigt oder aus anderen Worten des Nazareners geholt, sondern donnert mit finsteren Worten der Offenbarung Johannis auf die arme, vom Leben fast erdrückte Menschenschar los. — Hinter ihm aber steht die Aufsichtsdame, und als das allgemeine Fegefeuer der Predigt schnell, und dank der Stumpfheit der meisten, auch einigermaßen schmerzlos, überstanden ist, bekommt ein armes Weib von ihr noch eine Extrarüge, weil sie den Kaffee, den sie in letzter Minute eingeschänkt bekam, während der Predigt auszutrinken wagte, statt ihn erkalten zu lassen.

Dann ist der „Gottesdienst" beendet. An den Helferinnen vorbei schiebt sich die Elendsschar aus dem Saal. — Aber sonderbar, in all das hastende Geklapper der Predigt schien immer eine andere Stimme hineinzurufen, und die Worte, die sie rief, waren kaum auf die armselige Menschheit an den Kaffeetafeln gemünzt: „Und wenn ich mit Menschen- und Engelszungen redete und hätte der Liebe nicht, so wäre ich ein tönend Erz oder eine klingende Schelle . . ."

Im D-Zug Amsterdam–Berlin.

Auch eine empfindliche Verkehrsstörung kann ihr Gutes haben. Ein umgeworfener Kran öffnet die Pforte zu ungeahnten Möglichkeiten. Das gab Donnerstag nachmittag auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein wildes Gedränge, als die Beamten das Heer der von der Arbeit Kommenden auf den Fernbahnhof dirigierten. Die Geleise des Vorortverkehrs waren gesperrt. Und dann setzte der Sturm von vielen Hunderten auf die schmalen Wagen des D-Zuges Amsterdam-Berlin ein. Seltsam erregender Kontrast, dieser Auslandsexpreß, der zwischen Friedrichstraße und dem Schlesischen Bahnhof den Pendelverkehr aufrechterhielt. Wie Trauben, bis an die Trittbretter, hängen, stehen und sitzen die bestaubten Menschen in den D-Zug-Wagen. Abnorme Umstände korrigieren soziale Unebenheiten im Nu; erste, zweite und dritte Klasse sind gleichmäßig überfüllt. In den komfortablen Wagen der ersten Klasse sitzen müde, abgehetzte Proletarier auf dem Plüschbezug der exklusiven Kupees — nur acht, zehn Minuten gewiß, aber im Augenblick haben sie von der Pracht des bourgeoisen Reiseluxus Besitz ergriffen. Da hat einer ein holländisches Blatt aufgefunden, das irgendein Mynheer im Plüschsofa liegen gelassen hat. Halblaut liest er es wortgemäß vor, und die anderen freuen sich der verwunderlichen ungewohnten Laute. Langsam, sehr langsam gleitet der Zug mit seiner seltsamen Last an den trüben Hinterhausfronten der von Ruß verdreckten, verbauten Wohnungen der Volksviertel vorüber. Schon ist der Zug am Schlesischen Bahnhof. Und die namenlose Masse der Arbeit eilt durch die Ausgänge den Straßen zu.

Aber vielleicht wären solche „Austauschkurse" zur sozialen Erkenntnis recht gut, vielleicht würde es sich lohnen, eine Auswahl verwöhnter menschlicher Exemplare in die überfüllten Arbeitsvorortzüge des Morgens um 5 Uhr zu setzen. Um des menschlichen Verstehens willen.

Wer war Friedrich Ebert?

Das Scherl-Adreßbuch weiß es nicht!

„Unter Benutzung amtlicher Quellen", so wird ausdrücklich betont, erscheint im Hugenberg-Verlage von August Scherl das Berliner Adreßbuch. Und im dritten Teil über die Straßen und Plätze wird uns unter Aufwand von beachtlichen historischen Kenntnissen von Fall zu Fall auseinandergesetzt, woher eine jede Straße ihren Namen hat. Da vernehmen wir denn zum Beispiel, daß der Pate der Friedrich-Karl-Straße „Prinz Friedrich Karl von Preußen, Generalfeldmarschall, geb. 20. 3. 1928, † 15. 6. 1886" ist, während die Mariannenstraße nicht etwa nach dem schönen Mädchennamen Marianne, sondern nach der weitesten Kreisen des deutschen Volkes unbekannten „Prinzessin Marianne, Gemahlin des Prinzen Albrecht Vater von Preußen, geb. 9. 5. 1810, † 29. 5. 1883" getauft ist. Die Mansteinstraße andererseits betitelt sich nach einem „Gustav von Manstein, General der Infanterie, 1870/71 kommandierender General des IX. Armeekorps, geb. 24. 8. 1805, † 11. 5. 1877", einem alten Kommißstiefel also, von dem heute kein Mensch mehr etwas weiß. Die Jungstraße hinwiederum hat nichts mit Jugend zu tun, sondern benamst sich nach dem Ziegeleibesitzer Wilhelm Jung, von dem die wenigsten Sterblichen jemals gehört haben. Und damit wir nicht etwa denken, daß die Bismarckstraße nach Otto dem Zweiten von Bismarck, dem jungen deutschnationalen Deputierten, ihren Namen hat, lesen wir groß und breit die gewichtigen Angaben: „Fürst Otto von Bismarck, Herzog von Lauenburg, geb. 1. 4. 1815, † 30. 7. 1898".

Ja, Scherl ist gewissenhaft, und man sollte ihm Dank sagen für seine Mühewaltung! Aber seltsam, einmal versagt die geschichtliche Forschung! Trotz sicherlich sehr gewissenhafter Forschungen ist es den Herren vom Berliner Adreßbuch nicht möglich gewesen, herauszubekommen, wer wohl der rätselhafte Mensch sein mag, nach dem die Friedrich-Ebert-Straße benannt ist. Von ihm allein unter all den Hunderten von Prinzen, Generalen, Ministern und sonstigen Geistesheroen hat scheinbar kein Buch, kein Blatt und keines Sängers Mund berichtet.

Aber vielleicht wenden sich die Herren Herausgeber einmal an die am Anfang zitierten „amtlichen Quellen"! Möglicherweise wird sie bei der einen oder anderen erfahren, wer Friedrich Ebert gewesen ist.

Das Volk weiß es glücklicherweise — auch ohne Scherl!

Der Neubau der Reichskanzlei.

Keine Risse an der Hedwigskirche.

Der geplante Neubau der Reichskanzlei soll auf Grund von Entwürfen vorgenommen werden, die durch ein öffentliches Preisausschreiben gewonnen werden sollen. Die Vorarbeiten sind jetzt so weit gediehen, daß der Wettbewerb in etwa 14 Tagen ausgeschrieben werden wird. Den Architekten, die sich an der Aufgabe beteiligen, wird als Basis für ihre Entwürfe ein Raumprogramm ausgehändigt werden, in dem die Anzahl und die erforderliche Verteilung der benötigten neuen Arbeits- und Repräsentationsräume vorgeschrieben werden. Die Verwaltung der Reichskanzlei plant, in dem alten Gebäude ein Bismarck-Gedenkzimmer zu schaffen, in dem die Schreibtische, an denen der Reichskanzler gearbeitet hat, sowie andere Erinnerungsstücke untergebracht werden sollen. Es ist möglich, daß man für diese Zwecke sogar das damalige Arbeitszimmer des Kanzlers verwendet. Man erwartet, daß die Prüfung der eingehenden Entwürfe bis Mitte des Jahres erledigt sein wird, und daß der Bau bereits im Spätsommer in Angriff genommen werden kann.

Zu der Meldung, daß an der Hedwigskirche verschiedene Risse festgestellt seien, die auf den Opernhausumbau zurückzuführen sein könnten, erfahren wir, daß diese Behauptung auf einen Irrtum zurückzuführen ist. Eine erst vor kurzer Zeit herbeigeführte Untersuchung der Kellergewölbe und der Katakomben der Kirche hat ergeben, daß sich dort keinerlei Risse gezeigt haben, obwohl sie dort

23]

Gerichtstag.

Von Fred Bérence.

Copyright 1926 by Paul Zsolnay, Wien

Alle diese Gedanken hatten mich behext und gärten so heftig in meinem Kopf, daß ich ganz betäubt auf das Kissen sank. Einen Augenblick lag ich vernichtet, zermalmt vor der Größe meiner erträumten Pläne.

Ja, aber bis ich dazu kam, sie auszuführen, war ich sicherlich längst verhungert

Drei Jahre mußte ich noch ins Gymnasium gehen, vier in die Ingenieurschule und dann erst konnte ich daran denken, mein Brot zu verdienen. . . .

Aber während dieser sieben Jahre würde meine Mutter sich zu Tode rackern. Schon jetzt untergrub das Elend ihre Gesundheit, sie war stark gealtert, ihre Krankheit hatte ihr die letzten Kräfte geraubt. Plötzlich begann ich zu zittern, das Gespenst des Todes war vor meinen entsetzten Augen erschienen! Eine Sekunde später stand mein Entschluß fest. Ich mußte auf alle Pläne verzichten, die Schule nicht mehr besuchen, in ein Bureau oder ein Geschäft eintreten, schmierige Akten abschreiben oder Zucker und Schweineschmalz verkaufen. Ich mußte eben meine Zukunft der meines Bruders opfern; vielleicht würde er einmal imstande sein, meinen erhabenen Traum zu verwirklichen, aber es ist sehr schmerzlich nur der Verkünder zu bleiben, wenn man sich schon als Messias gesehen hat. Dann fiel mir mein Vater ein, der uns in dieses Elend gestürzt hatte, weil er sich seiner Pflichten niemals bewußt und ohne Verantwortlichkeitsgefühl gewesen war. Ich gelobte mir, meine ganze Willenskraft daranzusetzen, um den Abhang wieder hinaufzukommen.

Erschöpft sank ich auf das Polster zurück. Paul schlief neben mir, ich konnte die Wärme seines Körpers fühlen. Im Mondlicht sah ich seine geschlossenen Augenlider, die von den schwarzen Wimpern eingerahmt waren. Zwischen den halbgeöffneten Lippen drang ein schwacher Hauch hervor, sein regelmäßiges Atmen Ein unendlicher Frieden umfaßte mich und ich schlief ein. Mir träumte, daß ich im Aether schwebte, unter mir wölbte sich eine riesige Eisenbrücke und darüber sauste mit großer Geschwindigkeit ein Zug, den Paul führte.

In den nächsten Tagen las ich alle Annoncen und bot mich als Verkäufer, als Schreiber an. Vergeblich! Endlich fand ich eine Anzeige, wo ein junger Mann zum Adressenschreiben gesucht wurde. Ich eilte hin. Zwei Männer saßen an einem Tisch und schrieben auf kleine, gelbe Schleifen Adressen. Einer von ihnen — er gab sich kaum die Mühe aufzublicken — fragte mich, was ich wünschte. Ich antwortete, daß ich wegen der Annonce käme.

„So warten Sie, der Direktor kommt erst um neun Uhr." Er wies mir einen Stuhl an, ich setzte mich; die zwei Männer schrieben weiter; von Zeit zu Zeit flüsterten sie sich leise etwas zu. Einer von ihnen wandte sich an mich mit den Worten: „Diese Arbeit ist nicht sehr herrlich gezahlt, man kann dabei verhungern."

Ich wußte nicht, was ich darauf erwidern sollte, worauf einer der beiden zum andern meinte, daß ich ein zuwiderer, hochmütiger Kerl sei.

Bald nachher kam der Direktor, ein dicker Mann mit eingequetschter Nase, seine Gesichtsfarbe war rötlich-grau. Er sah aus — ich wüßte nicht zu sagen, weshalb — wie ein armseliger Tyrann und er fragte mich, warum ich denn aus dem Gymnasium ausgetreten wäre. „Schlechte Noten, was?" nickte er mit vielsagender Grimasse. „Nein, Familienverhältnisse zwangen mich, daß Gymnasium zu verlassen. „Familienverhältnisse! Na ja, das kennt man schon. Setzen Sie sich hierher."

Er diktierte mir eine Adresse und sah sie prüfend an.

„Gut. Sie müssen wenigstens vierhundert Adressen im Tag schreiben und Sie werden fünfzig Franken monatlich bekommen, paßt es Ihnen?"

„Ja, bitte."

„Wenn Sie es auf sechshundert bringen, bekommen Sie sechzig Franken monatlich, immer zehn Franken mehr für je hundert Adressen täglich."

Die beiden Beamten lachten spöttisch hinter seinem Rücken.

Man wies mir einen Tisch an, gab mir ein Heft voll Adressen, die ich abschreiben mußte und ich machte mich an die Arbeit.

Toll und ganz ausgelassen vor Freude lief ich um zwölf Uhr nach Hause.

„Sei nicht böse, Mama, ich habe ein Stelle angenommen."

„Was sprichst du?" fragte die Mutter verwundert.

Nun erklärte ich ihr, daß ich groß genug sei, um etwas zu verdienen, andere taten dasselbe.

Sie warf ein: „Wenn du reich und berühmt sein wirst. . ."

„Mama," sagte ich und mühte mich, ganz natürlich zu sprechen, „es war nur ein Traum, und hast du nicht selbst gesagt, daß es die Bestimmung der Träume sei, niemals Wirklichkeit zu werden?"

Sie sah mich lange prüfend an, ich lächelte, wie mir schien, in voller Ruhe; ich war ja so glücklich, ein wenig Geld zu verdienen.

Sie zog mich an sich, preßte mich an ihre Brust: „Tut es dir nicht leid, wirklich nicht?"

„Nein, Mama, es tut mir gar nicht leid."

Damals war ich fünfzehn Jahre alt, ich blieb ein Jahr in dem Bureau. Oft hatte ich unter der Grobheit und Frechheit meiner Gefährten zu leiden, unter ihren Späßen, ihren ekelerregenden Gesprächen, aber ich gewöhnte mich an die Gemeinheit dieser Leute und war fest entschlossen, alles zu ertragen, um die paar Franken zu verdienen.

Ein Kuß meiner Mutter tröstete mich, ein Kuß meines Brüderchens gab mir neue Kraft.

Nach einem Jahr fand ich eine Stelle als Schreiber in einem Handelshaus für orientalische Teppiche. Das war ein Glücksfall, denn ich bekam gleich hundert Franken monatlich. Ein ernster sachlicher Ton herrschte dort und übte einen guten Einfluß auf mein überreiztes Wesen aus.

Ich befand mich schon einige Monate in meiner neuen Stellung, als eine Teppichausstellung in Lausanne veranstaltet wurde. Der Direktor fuhr selbst hin; ein Kassierer, der mir wohlgesinnt war, schlug mich als Hilfskassierer vor. Es gelang mir, einen Teppich sehr gut zu verkaufen, überdies hatte eine Gräfin mit dem Direktor gegenüber gelobt. Von da an war es meine Aufgabe, den Verkehr mit den feinsten und reichsten Kunden zu vermitteln und ich bekam von jedem verkauften Stück zwei Prozent. Auch stieg mein Gehalt plötzlich auf hundertsechzig Franken. Das war ein unverhofftes Glück für den Neunzehnjährigen.

Wir hatten eine lichte, freundliche Wohnung genommen und viele Dinge gekauft, die wir nötig hatten. Die schadhaften Möbel waren gerichtet worden, die Mutter freute sich an meinen Erfolgen; ein leichtes Rot färbte wieder ihre Wangen, sie gab die Lektionen auf, die wegen der weiten Entfernung von unserer Wohnung zu viel Zeit gekostet hätten. Alice und Paul gingen in die Schule. Der kleine Junge hatte noch an Klugheit zugenommen, er lernte leicht und konnte schon nach ein paar Monaten lesen. Ich belauschte das Erwachen seiner Seele, sie war der meinigen ähnlich, aber reiner, frischer, aufrichtiger, kindlicher Niemals fühlte ich mich meiner Mutter näher, als wenn das Kind zwischen uns beiden saß.

(Fortsetzung folgt.)

bei einer Senkung der Fundamente am ehesten auftreten müßten. Im übrigen ist aber die Kirche nicht auf Pfählen, sondern auf dem festen Baugrund des alten Festungsgeländes errichtet worden. Es haben sich lediglich einige Risse oben im Mauerwerk und an einem Fenstersturz am Eingang der Kirche gezeigt, die aber keineswegs auf die Grundwasserabsenkung zurückzuführen sind.

Die Aktenverschiebungen.

Der Fall des Bankdirektors Kunert vor Gericht.

Am Montag wird der interessanteste Fall in der Moabiter Aktenaffäre im Schwurgericht zur Verhandlung gelangen. Das Schöffengericht Mitte wird sich dort mit der Anklage wegen Aktenbeseitigung der Vorstrafakten des Bankdirektors Max Klemens Kunert beschäftigen, es wird aber ohne den Hauptinteressenten verhandelt werden. Bekanntlich ist Bankdirektor Kunert flüchtig und wird steckbrieflich verfolgt. Er hatte zwar in Aussicht gestellt, sich freiwillig dem Gericht zur Verfügung zu stellen, hat das aber bisher nicht getan, obwohl Oberstaatsanwalt Binder die für die Verschonung der Untersuchungshaft geforderte Sicherheitsleistung inzwischen von einer ½ Million auf eine ¼ Million herabgesetzt hat. Neben den beiden aus den bisherigen Prozessen bekannt gewordenen Angeklagten Justizinspektor Gustav Pahlke und Justizsekretär Walter Rossel werden sich als weitere Angeklagte zu verantworten haben: der Bureauvorsteher von Rechtsanwalt Dr. Ludwig Meyer, Karl Hübner und der Bankbeamte Siegfried Peiser. Bankdirektor Kunert wird wegen Anstiftung zum Verbrechen des Aktendiebstahls verfolgt, und im Falle seiner Ergreifung später selbständig abgeurteilt werden. Dieser Aktendiebstahl liegt schon bis zum Jahre 1925 zurück und dürfte zu den ersten Straftaten der schuldigen Justizbeamten gehören. Bankdirektor Klemens Kunert hatte eine dunkle Vergangenheit. Er war Ende 1913 von der Strafkammer in Leipzig wegen Beihilfe zum Betruge zu 6 Monaten Gefängnis, Geldstrafe und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre verurteilt worden. Weitere umfangreiche Strafverfahren gegen ihn gelangten infolge der Kriegsamnestie zur Einstellung. Da verschiedene Personen von der dunklen Vergangenheit Kunerts wußten, war es diesem unangenehm, nachdem er sich eine einflußreiche Stellung in der Finanzwelt errungen und durch seine Heirat verwandschaftliche Beziehungen zu einer altadligen Familie erlangt hatte, und er wollte die Akten verschwinden lassen. Darüber beriet er sich mit Peiser, der ihn mit Bureauvorsteher Hübner bekannt machte. Hübner suchte Kunert auf und stellte sich als Gerichtssekretär vor. Kunert sagte ihm, er habe bereits einmal einen Kriminalbeamten beauftragt, die Sache zu veranlassen. Dieser habe zwar Geld genommen, aber dann nichts getan. Auch Peiser habe schon 500 Mark bekommen. Hübner wandte sich an Rossel und dieser wiederum an Pahlke. Letzterer forderte in einer fingierten Strafsache die etwa 10 Bände umfassenden Vorstrafakten Kunerts an. Eines Tages erschienen Rossel und Hübner in der Villa Kunerts im Grunewald und brachten einen Aktenband. Dafür zahlte Kunert etwa 300 Mark. Einige Tage später brachte Hübner einen zweiten Band zu Kunert. Rossel hatte ihm die Weisung gegeben, dafür mindestens einen „Tausender" zu verlangen. Kunert zahlte aber nur einen Scheck über 400 Mark. Das Geschäft sollte auf diese Weise fortgesetzt werden, es wurde den Beteiligten aber durch die Verhaftung Kunerts in der Landespfandbriefamtsaffäre ein Strich durch die Rechnung gemacht. Hübner bekam jetzt Angst und wollte nichts mehr in der Sache tun. Von den zehn Aktenbänden fehlen vier in den Beständen der Staatsanwaltschaft, teils Hauptakten, teils Handakten. Bei der Haussuchung in der Villa Kunerts wurden zahlreiche aus den Akten herausgerissene Blätter gefunden. Die Verhandlung findet wiederum vor dem Schöffengericht Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Fielitz statt.

Berufung im Falle des Rechtsanwalts Dr. Meyer.

Der Fall des Rechtsanwalts Dr. Ludwig Meyer wird nochmals vor der großen Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangen. Oberstaatsanwalt Binder hat gegen das auf 1 Jahr Gefängnis lautende Urteil des Schöffengerichts Mitte Berufung eingelegt. Auch von Rechtsanwalt Dr. Alsberg wird das Urteil des Schöffengerichts für den Verurteilten Dr. Meyer durch Berufung angefochten.

Jugend und Eilgericht.

Verhandlungen, wie sie nicht sein sollten.

Es geschieht oft, daß man bei einer Gerichtsverhandlung das Unrecht herausfühlt, das an Menschlichkeit und Recht vollbracht wird. Nicht jeden Tag kommt es aber vor, daß man dieses Unrecht ganz handgreiflich vor sich sieht. Dies war neulich in der Gerichtsverhandlung in der Dircksenstraße der Fall.

Vor dem Richter stand ein 21jähriger Mensch, der jedoch bedeutend jünger aussah. Seine schüchternen und zögernden Antworten wurden immer wieder durch die scharfe Stimme des Richters unterbrochen. Der junge Mensch, nennen wir ihn D., war bei einer Firma als Hausdiener tätig. Eines Tages hatte er 550 Mark als Wertpaket abzuschicken. „Als ich das Geld in der Hand hatte, stieg mir das Blut zu Kopf," sagte er vor Gericht, und am Abend wanderte es in die Kassen der Cafés in der Friedrichstraße und in die Taschen der Mädchen. Nach wieviel Tagen das Geld ausgegeben war, wie oder wo D. verhaftet wurde, erfuhr man bei dieser Verhandlungsführung nicht. D. hatte schon öfters größere Geldbeträge in Händen gehabt. Niemals jedoch war ihm eine Unkorrektheit unterlaufen. Weshalb war es nun dieses Mal geschehen? Um diese Frage zu beantworten, hätte man etwas über das Elternhaus, über den Werdegang des jungen Menschen in seiner Vaterstadt Plauen, über seinen Zeitvertreib in Berlin, über seinen Charakter und über seine Gewohnheiten erfahren müssen. Diese Fragen schienen aber Staatsanwalt und Richter nicht zu interessieren. Man erfuhr nur, daß D. bereits in Plauen wegen dreier Diebstähle zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war und daß er auf seiner Arbeitsstelle, auf der er schon sechs Monate lang beschäftigt war, 17 Mark Wochenlohn erhielt. Davon mußte er wöchentlich schon 5 Mark für Wohnung zahlen; blieben 12 Mark. Für den Appetit eines 21jährigen gesunden, jungen Menschen und für die Verlockungen der Großstadt allerdings etwas wenig. Diese Entlohnung und eine geringe Widerstandskraft gegen Versuchungen, wie auch das Bedürfnis in der Einsamkeit der Großstadt auch ein bißchen Vergnügen zu haben, werden wohl der Grund für seine neue Entgleisung gewesen sein. Das Gericht verurteilte den jungen Menschen zu drei Monaten Gefängnis. Bewährungsfrist erhielt er auch dieses Mal nicht. Sein Arbeitgeber will sich durch Pfändung seiner armseligen Habe entschädigen. Wenn der Junge aus dem Gefängnis kommt, steht er wieder einsam in der Großstadt da. Was wird dann aus ihm weiter werden? Das schien weder Gericht noch Staatsanwalt wenig zu interessieren. Vielleicht sollte das Jugendamt, das im Grunde genommen für den Fall nicht zuständig ist, sich dieses 21jährigen, mit dem Aussehen eines 17jährigen, annehmen und der Jugendhelfer ihn im Gefängnis kennen lernen. Der Name des jungen Menschen steht dem Jugendamt zur Verfügung.

*

Ueber den Molkenmarkt fährt ein Wagen. Zwei junge Menschen steigen hinten drauf und werfen einem dritten einen Sack herunter. Als er sich entfernen will, wird er gefaßt. Nun steht er vor dem Einzelrichter. Dieser packt den jungen Menschen ebenso scharf an, wie den vorigen. Man erfährt über ihn nur, daß er vor einigen Monaten arbeitslos geworden ist, bei der Mutter wohnt, keinen Vater hat und nicht vorbestraft ist. Wo und wie er bisher gearbeitet hat, wer sein Umgang und wie sein Zeitvertreib war, — von alledem erfährt man nichts. Als irgendeine Antwort des Jungen beim Richter auf Mißtrauen stößt, ruft eine Frauenstimme aus dem Zuhörerraum etwas dazwischen. Schneidend tönt es vom Richtertisch: „Wer sind Sie?" — „Ich bin die Mutter." — „Seien Sie still, wenn Sie nicht gefragt werden." Die Mutter verstummt. Aber gleich hinterher steht der Staatsanwalt sich doch veranlaßt, eine Kontrollfrage an die Mutter zu stellen. Sie bestätigt, daß der Junge bei ihr wohne. Sonst hat das Gericht keine Frage an die Zeugin, die vielleicht doch einiges über den Angeklagten zu sagen hätte. Das Urteil ist milde: eine Woche Gefängnis unter Verleihung einer Bewährungsfrist auf drei Jahre. Bestraft ist nun der Neunzehnjährige wegen Diebstahls doch. Ein Fürsorger wird sich um ihn nicht kümmern. Eine väterliche Ermahnung ist ihm vom Richter nicht zuteil geworden, dafür aber hatte er harte Worte zu hören bekommen, die, wie man ihm anmerkte, seinen Trotz hervorgerufen haben. Ist das eine Rechtsprechung an Jugendlichen?

Jungsozialistische Vereinigung (SPD.) Groß-Berlin

Heute, Sonnabend, den 19. Februar, spricht in der Aula des Friedrichs-Realgymnasiums, Mittenwalder Straße 34-37, Genosse Gg. Engelbert Graf über

„Kriegsgefahr rund um den Stillen Ozean"

Fahrverbindung: Untergrundbahn Gneisenaustraße
Eintritt 0,30 M. Beginn 7½ Uhr

Drei Jahre Reichsbanner.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold teilt mit: Am Dienstag, 22. Februar, jährt sich zum drittenmal der Tag, an dem das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gegründet wurde. Aus diesem Anlaß veranstaltet das Reichsbanner an allen Orten große Gründungsfeiern, die im gegenwärtigen Augenblick noch von besonderer Bedeutung sind, da sie deutlich die unerschütterte Kraft des Reichsbanners zeigen werden. Der Gau Berlin-Brandenburg gibt seine Berliner Gründungsfeier am Dienstag, dem 22. Februar, abends 8 Uhr, in der Stadthalle Klosterstraße.

Aufklärung eines Gerichtsaktendiebstahls.

Das Verschwinden von Gerichtsakten beim Amtsgericht in Werder a. d. H., über das vor einiger Zeit berichtet wurde, ist jetzt zum Teil aufgeklärt. Auf Ersuchen der Oberstaatsanwaltschaft Potsdam wurden die Berliner Kriminalkommissare Braschwitz und Zapke vor etwa vierzehn Tagen mit den Ermittlungen beauftragt. Die Ermittlungen der Beamten führten jetzt zur Aufdeckung von zwei verschiedenen Gruppen von Aktenbeseitigungen. Bei der ersten Gruppe handelt es sich um das Verschwinden von Grundbuch-, Aufwertungs- und anderen Zivilakten und auch einigen Strafakten. Der Verdacht lenkte sich hier auf einen 21 Jahre alten Walter Beck, der bei dem Amtsgericht als Justizwachtmeister auf Probe beschäftigt war. Dann verschwand er, wurde aber vorgestern von der Landjägerei in Groß-Glienicke bei einem Freunde ermittelt, festgenommen und nach Werder gebracht. Inzwischen waren einige der verschwundenen Akten in einem Keller des Landgerichtsgebäudes in Potsdam wiedergefunden worden. Die Berliner Kommissare nahmen Beck in ein eingehendes Verhör. Er leugnete zunächst, gab aber nach langem Zögern jedoch endlich die Aktenbeseitigung zu. Beck hat die Tat begangen, um Unterschlagungen zu verdecken. In fünfzehn Fällen, die ihm bisher nachgewiesen werden konnten, hatte er Beträge von 20 bis 80 M., die in den Akten gebucht waren, in seine Tasche gesteckt. Nun wußte er, daß die Akten zur Revision an das Landgericht Potsdam gehen sollten. Dadurch mußten seine Verunreinigungen aufgedeckt werden. Um das zu verhindern, ließ er die Akten verschwinden. Beck wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt. — Die zweite Gruppe betrifft Grundbuch- und Aufwertungsakten. Die Schuldigen, die ebenfalls festgestellt und verhaftet wurden, sind Kanzleiangestellte, nicht Beamte. Ihr Motiv ist noch bezeichnender. Sie beseitigten die Akten aus Bequemlichkeit, um sie nicht weiter bearbeiten zu müssen! Diese beiden hatten die Akten im Keller des Amtsgerichtsgebäudes in Werder versteckt. Jetzt werden nun alle Akten planmäßig auf ihre Vollständigkeit nachgeprüft. Das nimmt natürlich geraume Zeit in Anspruch.

Die märkischen Kur- und Erholungsorte.

Am Mittwoch, dem 16. Februar, nachmittags, fand in Berlin die erste Generalversammlung des Verbandes Märkischer Kur- und Erholungsorte E. V. statt, dem jetzt die zwanzig größten und bedeutendsten und viele sehr schöne kleine märkische Wochenendgemeinden angehören. Fast aus allen Gemeinden waren Bürgermeister, Amts- und Gemeindevorsteher erschienen. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Bürgermeister Stoll, Fürstenwalde, 1. Vorsitzender, Bürgermeister Krebs, Buckow (Märk. Schweiz), 2. Vorsitzender, Bürgermeister Regel, Freienwalde a. d. O., 3. Vorsitzender, Bürgermeister Selbach, Rheinsberg, Schriftführer, Amts- und Gemeindevorsteher Schünke, Woltersdorf, Kassenwart, Amts- und Gemeindevorsteher Dr. Krücke, Bad Saarow, und Amts- und Gemeindevorsteher Lühdes, Ertner, Beisitzer. Der bestehende große Ausschuß wurde durch die Zuwahl von Herrn Bürgermeister Warze, Strausberg, Amts- und Gemeindevorsteher Jünemann, Wandlitz, und Bürgermeister Dr. Krüsmann, Bad Wilsnack, ergänzt. Die Versammlung bedauerte lebhaft die von Potsdam ausgehenden Sonderbestrebungen, die zur Bildung eines Verkehrsverbandes geführt haben. Auf Antrag des Stadtrats Dr. Richter, Bad Freienwalde, wurde folgende Entschließung angenommen: „Der Verband Märkischer Kur- und Erholungsorte E. V. erkennt den Verkehrsverband für die Provinz Brandenburg, Sitz Potsdam, als Spitzenverband der Provinz Brandenburg nicht an, weil er nur einen kleinen Teil der märkischen Orte umfaßt. Die Mitglieder des Verbandes Märkischer Kur- und Erholungsorte E. V., dem viele Städte und Gemeinden, darunter die größten bedeutendsten und die schönsten Erholungsorte der Mark angehören, lehnen es ab, Mitglieder des Potsdamer Verbandes zu werden." — Der „Märkische Wochenend- und Ferienführer", der 60 Seiten stark ist, wird bereits in der nächsten Woche fertiggestellt.

Funkwinkel.

Heubergers „Opernball" erlebte auf der Sendebühne eine dankenswerte Auferstehung. Das sehr zu Unrecht von den Bühnen der Gegenwart vernachlässigte Werk gehört in die Reihe der klassischen Wiener Operette. Seine entzückenden Melodien und sein wirkungsvoller musikalischer Satz stempeln es beinahe zu einer komischen Oper. Seimar Meyrowitz bereitete das Werk, für dessen treffliche Besetzung Sorge zu tragen war, eine liebevolle Aufführung. Der Nachmittag brachte Gedichte, „Schlesische Lieder" Peter Bezruk, die Käte Graber sprachlich sehr geschult, nur selten mit einem zuviel an Pathos rezitierte. Zwei wesentliche Vorträge seien erwähnt: Museumsdirektor Paul S. Schmidt sprach vom „Inhalt der Kunst". Er sieht in der sogenannten neuen Sachlichkeit die Kunst unserer Zeit Kunst des ganzen Volkes, während die abstrakte Kunst ihrer Vorläuferin Gefahr lief, Kunst einer kleinen Gruppe von Aestheten zu werden. Auch die Laienkunst, die ja gegenwärtig schon lebhafte Beachtung findet, und auf deren Bedeutung Dr. Schmidt besonders hinwies, scheint ihm ein Beweis dafür, daß das Volk der Laie neben dem selbstverständlichen Formausdruck des Kunstwerks auch eine Inhaltsbetonung verlangt. Adele Schreiber gab einen Einblick in ein selbstloses opfermutiges Frauenleben. Sie schilderte den Lebensweg der von den Bürgerkreisen des 19. Jahrhunderts als mordgierige Kommunistin und Anarchistin verschrieene Luise Michel, die es wohl verdient, daß man ihren Namen, der heute fast vergessen ist, der Vergessenheit entriß.

Amerikanische Gefängnisse.

Der bekannte Hamburger Strafrechtslehrer und Kriminalpolitiker Professor Dr. Liepmann ist erst vor kurzem von einer Studienreise aus Amerika zurückgekehrt. Die Eindrücke, die er dort empfangen hat, teilte er auf Einladung einer Anzahl von strafrechtlichen und kriminalpolitischen Vereinigungen im großen Auditorium der Universität einer aufmerksamen Hörerschaft aus Richtern, Anwälten, Strafvollzugsbeamten, Fürsorgern, Gerichtshelfern usw. mit.

Das Interessanteste an den Ausführungen war vielleicht mit die Tatsache, daß auch das fortschrittliche Amerika an dem gleichen Uebel krankt wie der größte Teil der Länder auf dem Kontinent: neben vollkommen modernen Anstalten gibt es noch immer eine Anzahl völlig veralteter Gefängnisse. Die Strafvollzugsmethoden in diesen stehen in krassem Gegensatz zu den Erziehungsgrundsätzen in jenen. In den veralteten Gefängnissen herrscht das sogenannte Repressivsystem. Man glaubt da noch immer an das allein Seligmachende der Disziplin, der Unterordnung, der Strenge usw. In Wirklichkeit sind diese Mittel wohl imstande, Ordnung und Ruhe zu schaffen, doch nicht die Gefangenen für das Leben außerhalb des Gefängnisses vorzubereiten. Die berühmte Strafanstalt in Elmira ist völlig veraltet: die Zellen besitzen keine Fenster, statt Türen haben sie Stahlgitter, produktive Arbeit fehlt. Eine Individualisierung der Gefangenen findet nicht statt. Den direkten Gegensatz zu diesen Methoden bildet das rekonstruktive, d. h. das aufbauende System in den modernen Anstalten. Die Gefängnisse im Staate New York besitzen z. B. Aufnahmestationen, deren Aufgabe es ist, sowohl die physischen und psychischen Eigenschaften wie auch die intellektuelle und technische Begabung der Neuankömmlinge festzustellen. Als Beispiel für die guten Erfolge dieses Systems führte Prof. Liepmann ein Farmergefängnis an. Durch Selbstverwaltung werden die Gefangenen hier zur Selbstverantwortung erzogen. Die Zahl der Beamten ist auf das Mindestmaß beschränkt. Die Gefangenen selbst sorgen für Ordnung, sie verbringen ihre Erholungszeit ohne Aufsicht, kämpfen aus eigenem Antrieb gegen Entweichungen an und erhalten den Arbeitslohn ausgezahlt. In einem Frauengefängnis versucht man, die Eigenart der Gefangenen festzustellen und durch entsprechende Arbeit die schlummernden künstlerischen Interessen zu wecken. Das Merkwürdigste ist aber, wie wenig die Gefängnisse sich vor Kritik fürchten. So kommt es vor, daß Kommissionen aus Bürgern eines Staates die Zustände in den Anstalten eines anderen Staates untersuchen und das Resultat ihrer Tätigkeit den Direktoren der Anstalten einschicken. Prof. Liepmann schloß seinen Vortrag mit dem Wunsche, daß Deutschland drei Dinge von Amerika lernen möge: die Furchtlosigkeit vor der Kritik, die Schaffung von Aufnahmestationen und die Idee der Selbstverwaltung.

Diebstahl im Heimatmuseum Köpenick.

Aus der Heimatausstellung, die in der Körnerschule in Köpenick veranstaltet wurde, ist ein wertvolles Schaustück gestohlen worden, eine der ältesten Berliner Taschenuhren. Sie stand auf einem kleinen Ständer frei auf einem Tische. Es ist eine gewöhnliche Taschenuhr, die keinen großen Sachwert, aber einen um so höheren kunstgewerblichen und historischen Wert hat. Das silberne Gehäuse hat ein weißes Zifferblatt mit schwarzen Zahlen und Bronzezeigern. Der Deckel ist ziseliert. Auf der Rückseite schlingt sich wellenförmig ein Band. Die Uhr ist „G. Neumann Berlin" gezeichnet. Für ihre Wiederbeschaffung ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Trettin, Dienststelle B 3, im Polizeipräsidium.

Die Sparer mehren sich.

Nach dem Geschäftsbericht 1926 der Sparkasse der Stadt Berlin war zu Beginn des Jahres nur jeder vierundzwanzigste Berliner Sparer der Sparkasse der Stadt Berlin, am Schluß des Jahres entfiel bereits auf jeden vierzehnten Berliner ein Sparbuch; auf ein Sparkonto kommt ein Durchschnittsguthaben von 443 M. Der Spareinlagenbestand betrug zu Beginn des Jahres 66 400 000 M. und erhöhte sich gegen Ende Dezember auf 124 400 000 M. Die Zahl der Sparer ist um 113 100 auf 280 900 gestiegen. Die Giroeinlagen der Berliner Stadtbank stellten sich am Schluß des Jahres auf 46 444 000 M. Auch im Januar 1927 hat sich der Zufluß ganz bedeutend erhöht; die Spareinlagen sind jetzt auf rund 132 Millionen Mark gestiegen.

Elektrischer Zugbetrieb Berlin—Tegel—Velten.

Die in einem Berliner Spätabendblatt gebrachte Mitteilung über die voraussichtliche Eröffnung des elektrischen Zugbetriebes auf der Vorortstrecke Berlin—Tegel—Velten eilt den Tatsachen noch weit voraus. Im Laufe der nächsten Wochen wird, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, zunächst ein nichtöffentlicher Probebetrieb mit neuen Wagenzügen durchgeführt werden, die in der gleichen Ausführung auch auf der Stadtbahn Verwendung finden sollen. Hierbei werden gleichzeitig die neuen Umformerwerke in Tegel und Hennigsdorf, die ebenso wie auf der Stadtbahn mit Gleichrichtern ausgerüstet sind, in Betrieb genommen und einer eingehenden Prüfung unterzogen. Ueber die Eröffnung des elektrischen Zugbetriebes für den allgemeinen Verkehr kann ein genauer Termin noch nicht angegeben werden.

„Poldi" vom Tanganika-See.

Poldi, das rosamäulige Nilpferd im Zirkus Karl Hagenbeck geht als lebende Demonstration für den Beweis, daß es auch heute in der Welt noch Gegenden gibt, in denen Zeit kein Geld ist, einmal die Manege herum. Hernach changiert es, und stellt sich auf eine mächtige Tonne. Dann bekommt es eine Decke und sein Herr setzt und stellt sich auf das Tier, das unbeweglich bleibt. Inzwischen bekommt es reichliche Leckerbissen und das Publikum guckt tief in diesen eigenartigen Rachen und sieht die furchterregenden Eckhauer und die anderen Zähne, die im Maul nach menschlichem Verstehen ganz wahllos gruppiert sind. Poldi verbringt sein Leben in einem Riesenwagen mit stets gleichmäßig geheiztem Wasserbassin. Wenn man nur ein Taschentuch aus der Tasche zieht, dreht Poldi schon bei, denkt, es ist Spinat und sperrt den Rachen auf. Und wenn es dann nichts bekommt, schließen sich sofort hermetisch Ohren und Nasenlöcher und Poldi taucht unter, bleibt unsichtbar, guckt aber dabei aus großen Süelaugen nach neuen Leckerbissen.

Um die Schulgesundheitspflege.

Der Magistrat ist dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung betr. Neuorganisation und Vereinheitlichung der Schulgesundheitspflege in Berlin mit der Einschränkung beigetreten, daß die in der damaligen Stadtverordnetenvorlage vorgesehenen Zahlen, und zwar 6000 Schulkinder für einen hauptamtlichen Schularzt, 3000 Schulkinder für eine Schulfürsorgerin und 2500 bis 3000 Schulkinder für einen nebenamtlichen Schularzt, bis auf weiteres beibehalten werden. Mit Rücksicht auf die derzeitige Finanzlage ist der Magistrat nicht in der Lage, für die durch die vorgeschlagene Herabsetzung der Schulkinderzahl erforderlichen Mehrkosten einzutreten. Die Durchführung nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung würde einschließlich der Ausdehnung der Schulgesundheitspflege auf die Berufs- und Fachschulen etwa 2 145 000 M. erfordern. Zahlreiche anerkannte Fachleute sind auf Grund langjähriger Erfahrung der Ueberzeugung, daß sich mit der vom Magistrat vorgesehenen Reform und der von der Stadtver-

ordnetenversammlung beschlossenen Verbesserung sehr viel Gutes für die Volksgesundheit erreichen läßt. Hinsichtlich der Frage der Ausdehnung der Schulgesundheitspflege auf die städtischen Berufs- und Fachschulen werden vom Magistrat neue Vorschläge gemacht werden. Der Magistrat hat daher die Stadtverordnetenversammlung um ihr Einverständnis ersucht, die in der früheren Vorlage vorgesehenen Richtzahlen der auf einen hauptamtlichen Schularzt, eine Schulfürsorgerin und einen nebenamtlichen Schularzt entfallenden Schulkinder bei der Durchführung der Reuorganisation der Schulgesundheitspflege in Berlin zur Anwendung zu bringen.

Verkehrsverschlechterung auf der Vorortbahn.

Mit dem 8. Februar sind im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr „umfangreiche Verbesserungen" vorgenommen worden, so wird es wenigstens genannt von offiziöser Seite. Doch davon kann auf der Strecke Görlitzer Bahnhof—Königswusterhausen keine Rede sein, trotzdem diese eine der verkehrsreichsten Strecken ist. Hier ist aus der Verbesserung eine Verschlechterung der Verhältnisse geworden. Man hat sich die Sache sehr einfach gemacht, indem man nur eine Verschiebung der Fahrzeiten vornahm und nicht einen einzigen Zug speziell in die Zeit des stärksten Arbeiterverkehrs in den ersten Morgenstunden nach dem Görlitzer Bahnhof einfügte. Hier verkehren ab Königswusterhausen von 5 bis 8 Uhr früh stündlich drei Züge. Man sehe sich einmal die Besetzung dieser Züge an. Schon von Grünau ab gibt es überhaupt keinen Sitzplatz mehr und auf den noch folgenden Haltestellen bis Görlitzer Bahnhof steigen immer neue Scharen hinzu. Arbeiter, die teilweise einen halbstündigen und noch längeren Weg nach dem Bahnhof zurückzulegen haben, sind gezwungen, in derartig überfüllte Abteile einzusteigen, wie man sie an den Pfingsttagen beobachten kann. Die arbeitende Bevölkerung stellt zirka 90 Prozent der Fahrgäste und hat ein Recht auf anständige Beförderung, denn das ist auch hygienisch keine einwandfreie Beförderung, wo einer den anderen anhaucht. Warum läßt man aus diesen Arbeiterzügen nicht die Wagen 2. Klasse fort und setzt dafür solche 3. Klasse ein? In den Vorkriegszeiten waren die Verkehrsverhältnisse auf dieser Strecke bedeutend besser und seit dieser Zeit hat sich die Bevölkerung in vielen Orten an der Görlitzer Bahn fast verdoppelt. Aber die Verkehrspolitiker kümmern sich anscheinend nicht darum, vielleicht studieren sie einmal die alten Fahrpläne, da werden sie finden, daß in den Stunden des Arbeiterverkehr auch auf dieser Strecke ein 10-Minuten-Verkehr bestand. Wenn sich eine Vermehrung der Zugfolge von und bis Königswusterhausen aus verkehrstechnischen Gründen nicht durchführen läßt, so sollte man wie früher Züge einlegen von und bis Grünau. So kann es auf keinen Fall weitergehen. Wenn im Sommer die zahlreichen kleinen Siedler nach ihren Sommerfrischen ziehen, wird der Zustand noch unerträglicher.

Wir raten den Herren vom grünen Tisch, einmal diese Arbeiterzüge zu benutzen, selbstverständlich in der 3. Wagenklasse.

Eisenbahnbetriebsunfall. Gestern nachmittag entgleisten auf Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau beim Rangieren zwei Wagen auf ungeklärte Weise. Hierbei durchbrach ein Wagen mit einer Achse das Geländer der Prinzregentenstraßenunterführung, ohne jedoch abzustürzen. Der Materialschaden ist gering. Personen wurden nicht verletzt.

Ausfall des Wintersportsonderzuges nach dem Riesengebirge. Wie die Reichsbahndirektion Berlin mitteilt, kann der für Sonnabend/Sonntag, den 19./20. Februar, vorgesehene Wintersportsonderzug nach dem Riesengebirge wegen zu geringer Beteiligung nicht gefahren werden. Die bereits gelösten Fahrkarten werden an den Ausgabestellen gegen Erstattung des Fahrgeldes zurückgenommen.

Wer in Polen geboren ist und noch keine endgültige Entscheidung über seine Staatsangehörigkeit erhalten hat, soll so schnell wie möglich an den „Deutschen Delegierten der deutsch-polnischen Schlichtungskommission, Berlin NW.7, Unter den Linden 72," schreiben und dabei amtliche Unterlagen (Geburtsurkunde, Wohnsitznachweise, Bescheide, Options- und Verzichtnachweise) beifügen. Das gleiche gilt für diejenigen, die für Deutschland oder Polen optiert haben, wenn über ihre Option noch nicht endgültig entschieden ist.

Zu dem Feuergefecht in der Hausburgstr. 17 wird mitgeteilt, daß der erschossene Einbrecher jetzt festgestellt ist. Es ist ein der Kriminalpolizei schon lange bekannter 34 Jahre alter aus Aschersleben gebürtiger Schuhmacher Richard Knöffler, ein gewerbsmäßiger Geldschrankeinbrecher, der in der Wolliner Straße wohnte.

„Der Tag des Ausblicks" — so heißt die Parole, unter der die Maizeitung (Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger) für dieses Jahr erscheint. Wieder haben sozialistische Politiker, Schriftsteller, Künstler die Gedanken geformt, die uns am 1. Mai bewegen. Die in der Vorwärts-Buchdruckerei in prachtvollem Kupfertief-(Oel-)druck hergestellte Maifestschrift enthält Beiträge von Otto Wels, S. Aufhäuser, W. Sollmann, Marie Juchacz, Barthel usw., Illustrationen von Joc. Belsen, Max Graeser, Wellmann usw. Stattlich im Format und 16 Seiten stark wird die diesjährige Maizeitung zu einer würdigen Festschrift der Arbeiterschaft werden.

Kein Landposten in Stralau. Die Stralauer Polizeiwache, über die Beschwerde geführt worden war, hat jetzt das Feld ihrer 15jährigen Tätigkeit geräumt und ist völlig aufgelöst worden. Damit wird die Mitteilung bürgerlicher Blätter über Einrichtung eines Landpostens in Stralau hinfällig. Der Schutz der Stralauer Bevölkerung soll in Zukunft von der Revierwache in der Goßlerstraße und durch Streifendienst gewährleistet werden.

Platzkonzert des Reichsbanners im Lustgarten. Am Sonntag, dem 20. Februar, mittags 12 Uhr, veranstaltet das Berliner Reichsbanner mit einer Anzahl Tambourkorps im Lustgarten ein Platzkonzert, bei dem republikanische Märsche und Volkslieder gespielt werden.

Lessing-Gymnasium, Diesterweg-Realschule. Der Magistrat hat beschlossen, die dem Lessing-Gymnasium angegliederte Realschule von Ostern 1927 ab in die Räume der Diesterweg-Realschule zu verlegen und dort als selbständige Schule, aber unter gemeinsamer Leitung mit der Diesterweg-Realschule, fortzuführen. Das Lessing-Gymnasium und die damit verbundene Aufbauschule sollen an der bisherigen Stelle unter gemeinsamer Leitung bleiben.

Die Interessengemeinschaft Groß-Berliner Laden- und Wohnungsmieter (Abwehrbund gegen unberechtigte Mietsteigerungen) hält am Sonntag vormittag 11 Uhr in den Musikerfestsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, eine Protestversammlung gegen die Aufhebung des Mieterschutzes für Geschäftsräume, Läden und Wohnungen ab.

Sonntagsveranstaltung des Volksbildungsamts Prenzlauer Berg. Am 20. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Bezirksamts, Danziger Str. 64, Lieder- und Rezitationsabend. Mitwirkende: Elle Ranten, Alt, Lilie-Herman-Philipp, am Flügel, Rola Rot, heitere Rezitationen. Karten für jedermann je 20 Pf. Volksbildungsamt Prenzlauer Berg, Danziger Straße 64 (Pförtnerloge) und am Saaleingang.

Rückgang der überseeischen Auswanderung. Die überseeische Auswanderung über Hamburg zeigte im Januar einen ziemlich starken Rückgang. Es wurden über Hamburg nach Ueberseegebieten 2933 gegen 3392 Personen im Vormonat und 3825 Personen im Januar 1926 befördert.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten

Bezirksvorstand.

Heute abend pünktlich 6 Uhr Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Jugendheim Lindenstraße 3.

7. Kreis Charlottenburg. Sonntag, 20. Februar, vormittags 10 Uhr, Flugblattverbreitung in der 32., 38. und 64. Abt. von den bekannten Lokalen aus. Alle Mitglieder müssen sich beteiligen.

9. Kreis Wilmersdorf. Die Handzettel und Plakate für den Republikanischen Abend können heute, Sonnabend, von 5 Uhr ab bei Kreihs, Holsteinische Straße 60, abgeholt werden.

20. Kreis Reinickendorf. Montag, 21. Februar, 7 Uhr, im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses Wittenau, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.

Heute, Sonnabend, 19. Februar:

45. Abt. Die eingesammelten Unterschriften für die Freie Schule sind bis Montag, 21. Februar, beim Genossen Heute, Wiener Str. 52, oder beim Abteilungsleiter, Otto Wanski, Glogauer Str. 4, abzugeben. — Achtung! Die Funktionärsitzung am Montag, 21. Februar, fällt aus. Die Funktionäre werden gebeten, zur Abteilungsversammlung am Mittwoch, 23. Februar, durch Handzettel einzuladen.

81. Abt. Friedenau. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich an der Einäscherung unseres verstorbenen Genossen Ernst Wilberg, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf zu beteiligen.

82. Abt. Steglitz. 5. Bezirk: Geselliges Beisammensein im Lokal Wernicke, Berlinicke-, Ecke Kuhnstraße. Beginn 8 Uhr. Rege Beteiligung erwartet die Abteilungsleitung.

Abt. 133a Kaulsdorf-Süd. Pünktlich 8 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal Sanssouci, Weststr. 1–2. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. Gäste sind willkommen.

128./130. Abt. Pankow. Die Funktionärkarten für 1927 sind am Sonnabend nachmittag durch die Bezirksführer bei den zuständigen Abteilungsleitern abzuholen.

Jungsozialisten.

Groß-Berlin: Die Gruppenleiter werden gebeten, alle noch vorhandenen Eintrittskarten zum Vortrage des Genossen Engelbert Graf mitzubringen und mit dem Genossen Handelmann abzurechnen. Der Arbeitsausschuß. — **Gruppe Süden:** Sonntag, 20. Februar, Fahrt nach Bernau. Treffpunkt morgens 8 Uhr Stettiner Bahnhof.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

29. Abt. Unser Genosse Johann Liska, Naumerstr. 23, ist verstorben. Ehre seinem Andenken. Beerdigung am Montag, 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, auf dem St.-Georgen-Friedhof in Weißensee, Roelckestr. 123–130. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr. **Wedding:** Mo., d. 21., 7½ Uhr, Gen.-Verf., Almenbrauerei, Bad-, Ecke Hochstraße. Neuwahl des Vorstandes. Sämtliche Delegierten müssen zur Stelle sein. — **Kreuzberg:** Die Trauerfeier für den verunglückten Kameraden Richard Karras, Abt. 10, findet heute, So., d. 19., nachm. 4 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt. — **Neukölln-Süd:** Sonntag, d. 20., vorm. 9–11 Uhr, müssen alle ordienten Mitglieder des Sportvereins Fortschritt im Vereinsheim Neukölln, Naumburger Str. 36, anwesend sein. 2. Kameradschaft: Mo., d. 21., 7½ Uhr, im Vereinslokal Herzberg, Zusammenkunft aller Frauen der 2. Kameradschaft. Stellungnahme zur Fahnenweihe. Mo., d. 21., 8 Uhr, Zugversammlungen: Zug 1 Donau-, Ecke Weichselstraße, Zug 2 Herzbergstr. 29. Tagesordnung: Unsere Fahnenweihe und Vortrag. 1. Kameradschaft: Mo., d. 21., 8 Uhr, Kottbuser Klause, Kottbuser Damm 90, Neuwahlen der Kameradschafts- und Zugleitungen. — **Rosenthal:** Sonntag, d. 20., nachm. von 1–5 Uhr Platzkonzert an der Kirche. — **Bernau:** So., d. 19., 8 Uhr, Bundesgründungsfeier bei Löwe. Referent Erich Fraenkel. Anzug: Zivil mit Bundesnadel. Eintrittspreis für Kameraden und Angehörige 50 Pf., Gäste 1 M. Ende 4 Uhr. Auswärtige Kameraden und Gäste sind willkommen. — **Bernau-Ladeburg:** Sonntag, d. 20., Antreten 12½ Uhr Zepernicker, Ecke Bismarckstraße, in Bannerkleidung. Abmarsch nach Zepernick um 1 Uhr zum Empfang der Berliner Kameraden. Ab 5 Uhr gemütliches Beisammensein bei Löwe. — **Friedrichshain, Jugendabteilung:** Sonntag, d. 20., morgens 8 Uhr, Baltenplatz antreten. Fahrt nach Hermsdorf. Fahrgeld 50 Pf.

Kartellverband für Sport- und Körperpflege, 8. Kartellbezirk. Montag, 21. Februar, 7 Uhr, 100. Gemeindeschule, Reichenberger Str. 67, an der Forster Straße, Werbeveranstaltung. Lichtbildervortrag: „Arbeiter- oder Werksport?" Musik. Sportliche Vorführungen. Eintritt frei.

Oeffentliche Kundgebung zur Hochschulreform Dienstag, 22. Februar, 7½ Uhr, Aula Kochstr. 13. Redner: Universitätsprofessor Dr. Heinrich Warntig, Halle, M. d. L.: „Die deutsche Hochschule wie sie war, wie sie ist und wie sie sein sollte". Volkshochschuldirektor Privatdozent Dr. Paul Honigsheim, Köln: „Die Zukunftshochschule zur deutschen Volkskultur". Prof. Dr. Theodor Lessing, Hannover: „Die akademische Freiheit und die deutsche Jugend". Unkostenbeitrag am Saaleingang erbeten. Karten zu 1 M., Jugendliche und Mitglieder des B. E. Sch. 50 Pf. vorher in der „Werkfreude", Potsdamer Str. 104, Eingang Kurfürstenstraße. Jedermann willkommen!

Bund entschiedener Schulreformer.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend (Nachdr. verb.). Wolkig, noch etwas kälter, ohne erhebliche Niederschläge. — **Für Deutschland:** Im Osten und Südosten Schnee, sonst meist trocken, nur am Rhein Temperaturen über Null, im übrigen Deutschland noch geringe Verschärfung des Frostes.

Am Donnerstag abend verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unsere innigstgeliebte Tochter, Schwester und Schwägerin

Herta Urban

im 22. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an im Namen der Hinterbliebenen

Otto Urban und Frau Elise, geb. Dallmann

Berlin-Steglitz, den 18. Februar 1927. Heimstättenweg 17.

Die Beisetzung findet am Montag, dem 21. Februar, vormittags 11½ Uhr, auf dem Städt. Friedhof in Steglitz, Bergstraße, statt.

Statt Karten.

Danksagung

Anläßlich der überaus zahlreichen Teilnahme an der Beerdigung meines lieben unvergeßlichen Mannes, des Gastwirts

Ernst Noack

spreche ich allen Beteiligten sowie Vereinen und Abordnungen meinen herzlichen Dank aus.

Ww. Anna Noack, Eichwalde.

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachnahmung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität

Conrad Müller Schkeuditz-Leipzig

Besonders wirksam und die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamt-Auflage im „Vorwärts" und trotzdem außerordentlich **billig!**

Gewinn-Auszug

5. Klasse 28. Preußisch-Süddeutsche (254. Preuß.) Klassenlotterie

8. Ziehungstag — 17. Februar 1927, nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen 1 und 2

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

2 Gewinne zu je 5000 M. 229382

6 Gewinne zu je 3000 M. 167924 272439 306010

12 Gewinne zu je 2000 M. 68602 76226 145406 164312 249701 261744

26 Gewinne zu je 1000 M. 4482 56252 68150 39110 108071 116096 150037 176278 182504 189398 204576 316846 320190

76 Gewinne zu je 500 M. 19563 22949 26977 38135 42381 46920 49197 67675 83332 91210 106875 111053 114300 114703 142259 145471 147090 164213 171934 179094 206015 222040 232796 232826 239744 251538 257386 260134 269626 295606 306624 311536 318798 325926 339561 344564 345306 347365

190 Gewinne zu je 300 M. 2729 5662 11017 16900 21345 25061 29662 31682 45917 64355 66767 67247 67678 67734 70973 74117 80141 104195 111116 114442 117123 110074 119384 122476 128906 135072 139352 142638 149644 152439 157316 158334 160260 163569 163612 164189 164798 164668 165246 168514 168125 174461 176082 176459 126118 186407 188761 189201 193618 200018 200613 206564 222299 233244 238784 239905 240102 240478 241912 244536 246018 253645 256296 256564 256304 258959 262452 262066 263124 267134 277166 281202 290363 292070 294181 298307 302224 304364 308992 309100 310644 312617 313765 315696 322564 323057 325721 328595 332795 333967 336073 338736 236071 339575 345716

9. Ziehungstag — 18. Februar 1927, vormittags

Es wurden Gewinne über 150 Mark gezogen

6 Gewinne zu je 3000 M. 49156 116818 346256

12 Gewinne zu je 2000 M. 5308 59005 136719 208270 303735 340199

20 Gewinne zu je 1000 M. 41575 74379 109938 113347 129687 199810 227229 228533 319687 340814

80 Gewinne zu je 500 M. 15774 17225 25488 48014 52289 61592 65066 73023 77446 102479 104483 111522 132576 142425 153604 157629 163359 165613 175564 176893 190077 196304 206690 207406 211761 215777 226067 245748 262673 271346 289363 308596 308872 316809 317657 324515 343151 345164 346075 348232

170 Gewinne zu je 300 M. 844 5300 9782 9836 12517 31829 33766 37999 38734 39464 41221 44792 46686 63139 65123 67586 77310 82013 82809 90816 91849 93324 95363 98289 105152 107891 115059 117220 127697 129259 130224 130872 139180 140100 140459 143453 145698 147107 151958 152874 155953 173116 175464 176270 177761 179086 187765 189740 191136 199912 201136 202109 204067 206032 207947 213166 229133 229603 230551 280703 237931 239005 239436 241332 245381 255749 256406 265528 272277 272776 277234 285796 291096 297102 298436 306549 309646 311574 314691 317386 324706 340424 341138 341317 346106

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Montag, den 21. Februar, nachmittags 5½ Uhr, im Parterresaal des Verbandshauses, Linienstr. 83-85

Branchenversammlung

der Bau- und Geldschrankschlosser.

Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenkommission. 2. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, diese Versammlung zu besuchen.

Montag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Linienstr. 83/85:

Branchenversammlung

aller Hobler, Bohrer, Stoßer, Fräser und weiblichen Berufsangehörigen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Janke über: „Das Arbeitsgerichtsgesetz". 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

2-Zimmer-Wohnung

vollständig beschlagnahmefrei und ohne Wohnungsschein beziehbar, gegen Baukostenzuschuß zu kaufen gesucht. Angebote unter O. 529 an Riese & Kraemer, Annoncen-Expedition, Berlin-Schöneberg, Steinacher Straße 1.

Metallbetten

Stahlmatratzen, Kinderbetten günstig an Priv. Kat. 650 fr. Eisenmöbelfabrik Suhl. Thür.

Finanzdebatte im Reichstag.

Zentrumskritik an Reinhold.

Der Reichstag setzte gestern die Etatsberatung fort, nachdem er zu Beginn der Sitzung beschlossen hatte, die Genehmigung zur Strafverfolgung einer Reihe von Abgeordneten nach dem Antrag des Geschäftsordnungsausschusses nicht zu erteilen.

Abg. Dr. **Brüning** (Z.) führt aus, daß der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold Unrecht damit gehabt habe, als er sich gegen die angebliche Thesaurierungsmethode seines Vorgängers wandte. Er habe sich doch entschließen müssen, die 500-Millionen-Anleihe noch in diesem Etatsjahre aufzunehmen. Durch das Gerede von der Thesaurierung sei der gute Wille der Steuerzahler beeinträchtigt worden. Der Redner bedauert, daß man nicht dem Vorschlage des Zentrums gefolgt sei, eine Auslandsanleihe für den Wohnungsbau und zur Entlastung der Hauszinssteuer aufzunehmen. Er gibt zu,

daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm bisher nur geringe Erfolge erzielt habe,

es müsse jetzt möglichst schnell durchgeführt werden. Die Realsteuern würden vielfach auf die Arbeitnehmer abgewälzt, deshalb läge es auch in deren Interesse, wenn sie abgebaut würden. Wir brauchen eine Steigerung der Reallöhne über den Betrag hinaus, den die Mietssteigerungen ausmachen, um den inneren Markt zu stärken. Die Senkung der Börsenumsatzsteuer war falsch, wie die Entwicklung des Finanzkapitals zeigt. Der Redner wendet sich dann gegen die Forderung des Vertreters der Deutschen Volkspartei, wonach die Einkommensteuertarife gesenkt werden sollen. Wenn das geschehe, so könnten die Länder keine höheren Zuweisungen erhalten, sie hätten dann auch keine Möglichkeit, die Realsteuern zu senken.

Die Besteuerung des Großgrundbesitzes müsse anders geregelt werden, es gehe nicht länger an, daß Großgrundbesitzer jahrelang keine Einkommensteuer zahlen.

Der Buch- und Betriebsprüfungsdienst müsse weiter erhalten und ausgebaut werden. Das wichtigste politische Problem der nächsten Jahre werde der Finanzausgleich sein, dessen endgültige Lösung voraussichtlich mit der Höchstbelastung durch die Dawes-Verpflichtungen die Bestimmungen über die Reichszuschüsse an notleidende Länder ihren Wünschen entspreche.

Abg. **Schröder-Mecklenburg** (Völk.) wünscht eine höhere Entschädigung der Auslandsdeutschen und anderer durch den Krieg geschädigten. Der Redner begrüßt die Mitteilung des Finanzministers, daß die Mittel für die Dawes-Zahlungen fehlen, man solle die verschiedenen Waren kenntlich machen, die mit einer Dawes-Abgabe belegt sind.

Abg. Dr. **Best** (Hospitant bei den Völk.) fordert eine Revision der Aufwertungsgesetze. Die Hauszinssteuer müsse aufgehoben und den Hypothekengläubigern eine gerechtere Befriedigung ihrer Ansprüche gewährt werden. Auf dem Rücken der alten Gläubiger würden jetzt die neuen Reichsanleihen aufgelegt.

Die jetzige Finanzpolitik habe die Wirkung, daß die Reichen noch reicher werden auf Kosten der durch die Inflation verelendeten Angehörigen des früheren Mittelstandes.

Der Redner zeigt an einigen Beispielen, in welcher Weise sich die früheren Schuldner ihren Verpflichtungen gegenüber den armen Gläubigern entzogen hätten. So habe der Fürst von Fürstenberg, einer der reichsten Männer Deutschlands, für 50 Millionen Mark Obligationen auf seine Besitzungen ausgegeben, jetzt könne er nach dem Aufwertungsgesetz zum Schaden der vielfach verarmten Obligationsinhaber von dieser Schuld 38 Millionen streichen.

Um 6¾ Uhr vertagt sich das Haus auf Sonnabend mittag 12 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Weiterberatung des Reichsetats, sowie der Beginn der zweiten Lesung der einzelnen Haushalte. Zwei kommunistische Anträge, die Verordnung des preußischen Wohlfahrtsministers Hirtsiefer über die Beseitigung des Mieterschutzes für gewerbliche Räume, sowie die von den Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Anträge zur Arbeitszeitfrage auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Reichstagsausschüsse.

Im Ostausschuß des Reichstages wurde das sogenannte Ost-Programm für 1927 besprochen. Hierbei kam zur Sprache, daß die im Etat für Zwecke der Grenzgebiete, aber für sämtliche Grenzgebiete, vorgesehenen fünfzehn Millionen Reichsmark aller Wahrscheinlichkeit nach keinesfalls ausreichen werden. Vor allem wurde verlangt, daß für die östlichen Grenzgebiete ein getrennter Fonds geschaffen werde. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt. Der Ausschuß setzt seine Beratungen am nächsten Dienstag fort.

Der Handelspolitische Ausschuß stimmte dem Gesetzentwurf über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des deutsch-französischen Handelsprovisoriums zu.

Unter der Leitung des Reichsverkehrsministers fand eine Zusammenkunft von Reichstagsmitgliedern mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft unter Führung ihres Generaldirektors Dr. Dorpmüller statt, um den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, sich vor der Beratung des Verkehrshaushalts im Reichstage über einige die Oeffentlichkeit besonders interessierende Fragen eingehender zu unterrichten. Insbesondere wurden die Finanzwirtschaft und Arbeitsbeschaffungspolitik der Reichsbahn sowie die Frage der Verminderung des Werkstättenpersonals behandelt.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus a. Platz d. Republ. 7 U.: Palestrina. Schauspielhaus 8 Uhr: Kilian. Schiller-Theater 8 Uhr: Razzia

Städtische Oper Charlottenburg 7½ Uhr: Jugend im Mai. Abonn.-Turnus I

Deutsches Theater Norden 10334—37. 8 Uhr täglich bis inklusive 21. Bonaparte von Fritz von Unruh. Regie Gustav Hartung. Dienstag, den 22. Zum 100. Male: Gneisenau

Kammerspiele Norden 10334—37. 8¼ Uhr: Germaine (Amoureuse) von Porto-Riche. Regie: Forster-Larrinaga.

Theat. a. Nollendorfpl. Kurfürst 2091. 8 Uhr: Max Adalbert in „Müller"

Die Komödie Bismarck 2414, 7516. 8¼ Uhr: Die Perle von Tristan Bernard. Regie: Forster-Larrinaga. Nachtvorstellung 11 Uhr: Rasch ein Kind

Gr. Schauspielhaus Nur noch 10 Tage. Tägl. 8¼ Uhr: Von Mund zu Mund. Charell-Revue. Sonnt. nachm. 3 Uhr ungekürzte Vorstlg. zu ermäß. Preisen

Th. Königgrätzer St. Hasenheide 2110. 8 Uhr: Die treue Nymphe. Elisabeth Bergner.
Komödienhaus Norden 6304. 8 Uhr: Dover — Calais. Roberts, v. Thellmann, Brausewetter.

Residenztheater 8¼ Uhr: Absteigequartier. Eintritt Jugendlichen verboten

SCALA Nollendorf 7360. 8 Uhr: Powers Tanz-Elefanten und andere Varieté-Neuheiten! Sonnabends u. Sonntags 2 Vorstellungen 3½ und 8 Uhr. 3½ zu ermäßigt. Preisen d. ganze Programm

Dts. Künstler-Th. 8 Uhr: Der Zarewitsch. Stg. 3½: Der fröhliche Weinberg.
Lessing-Theater 8 Uhr: Der Diktator
Th. a. Kurfürstendamm Käthe Dorsch 8 Uhr: Kiki
Lustspielhaus 8¼: Guido Thielscher: Hurra — ein Junge

Trianon-Th. Täglich 8¼ Uhr: Der gr. Lacherfolg Dr. Stieglitz. Friedr. Lobe, Oskar Ebelsbacher. Stg. 4 Uhr: Kleine Pr. Dr. Stieglitz

Haller-Revue Theater im Admiralspalast. Täglich 8¼ Uhr: An u. aus. 2 Sonntagsvorstellungen 2: 3 u. 8¼ Uhr. Nachm. die ganze Vorstellung zu halben Preisen!

Walhalla-Theat. Weinbergsweg. Tägl. 8¼. Sonntag 2 Vorstellungen Nachm. 4 u. abs. 8¼. Es war einmal in Heidelberg mit d. Schlagerlied Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren. Vorzeig. 50% Ermäß. Käte Schmidt-Samst. Gaston Briese. Sonntag, nchm. 3 U.: Puppenfee. Parkett v. 30 Pf. an.

Metropol-Theat. Täglich 8 Uhr: Zirkusprinzessin

Thalia-Theater 8 Uhr: Der große und der kleine Klaus

Rose-Theater 4 Uhr: Das tapfere Schneiderlein. 8¼ U.: Das Einfamilienhaus

Zentral-Theater Täglich 8 Uhr: Der Trompeter vom Rhein. Vorverk. ununterbr. Preise von 1—7 M.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 8 Uhr: Traumspiel. Morgen 8 Uhr: Volpone. Th. am Schiffbauerdamm Täglich 8 Uhr: Das Grabmal des unbekannten Soldaten.

Komische Oper Allabendlich 8¼ Uhr: Sünden der Welt. Die weltstädtische James-Klein-Revue in 24 Verwandlungen. 350 Mitwirkende / 6 Balletts. Sonntag nachmittag kleine Preise! Anfang 3½ Uhr. Theaterkasse ab 10 Uhr ununterbrochen geöffnet.

CASINO-THEATER 8 Uhr. Nur noch wenige Aufführungen! Ein Tag im Paradies! Ausschneiden: Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

Erfolg haben Inserate im Vorwärts

Der **gute Kapitän-Kautabak** ist in den meisten Zigarrengeschäften erhältlich. C. Röcker, Berlin, Lichtenberger Straße 22. Kgst. 3861

Versuchen Sie **VERSALE!**

Sie werden restlos zufrieden sein! **VERSALE** ist das vollkommene Waschmittel. Paket 45 Pfennige

TAUENTZIEN-PALAST
Schwester Veronika
nach Hans Müller. Regie Gerhard Lamprecht. Titelrolle **Aud Egede Nissen**. Gerhard Lamprecht-Film im Verleih der National. Wochentags 6, 8, 10 Uhr

„Deutscher Rhein – Deutscher Wein"
Ausstellung Funkhaus / Kaiserdamm
Sonntag, 20. Februar. Ganz Berlin kommt zum **Einzug des Prinzen Karneval in Berlin!** Dazu das große Rheinische Kabarett. Gesang / Tanz / Humor. An der Spitze: **PAUL JUELICH**. Eintritt Mark 2.— (einschl. Steuer). Saalöffnung 2 Uhr. Vorverkauf an den Kassen des Funkhauses. Der billige, gute Wein vom Rhein! Pokal: Mark 0,50
Sonnabend, 19. Februar, 7 Uhr: Winterfest der Berliner Liedertafel. Karten nur in der Geschäftsstelle, Urbanstr. 21
Montag, 21. Februar, 7 Uhr: Blauer Montag am Rhein. Eintritt Mark 1.50 (einschl. Steuer)
Mittwoch, 23. Februar, 8 Uhr: **Rheinland-Ball** zugunsten des Kölner Doms. Eintritt Mark 2.75 (einschl. Steuer)

Wallner-Theater 8¼. Der Schlager 8¼: Das blonde Wunder. Sonntag nachm. 3½ Uhr kleine Preise! Der Raub der Sabinerinnen.

8 Uhr **Winter-Garten** Varieté. Rauchen gestattet. Stgs. 3.30: Ermäß. Preise

Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr: Stettiner Sänger. Das wundervolle Februar-Programm! Nachmittags: halbe Preise, volles Programm! Dönhoff-Brettl: Varieté, Konzert, Tanz.

Das dressierte Nilpferd beim Circus Carl **Hagenbeck**. 8 Uhr Circus Busch Nord 810. Sonntag auch 3 Uhr. Für Kinder nachm. halbe Preise. — Sonntag 10–1 Tierschau

Verkäufe

Trotz Teilzahlung sofort Kinderwagen, Klappwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel. Ball, Große Frankfurter Straße 47.

Tafelwagen, Dezimalwagen, Gewichte preiswert. Georg Wagner, Köpenicker Straße nur 71, Hof. Kein Laden, daher billigere Preise.

Kinderwagen, Metallbetten, Klappsportwagen, Auflegematratzen, Ruhebetten, Riesenauswahl. Ratenzahlung. Spezialgeschäft. Schönhauserallee 5, Schönhausertor.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Verleih von hocheleganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4. Norden 6390.

Frackverleihinstitut Friedrichstr. 122/123, gegenüber Oranienburgerstraße.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Cutaways, Winterpaletots, Ulster, Bauchanzüge für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe sowie Pelzmäntel, Pelzjacken, Herrensport- und Gehpelze zu staunend billigen Preisen im Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Rockpaletots, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstr. 4, erste Etage.

Verleih hocheleganter Gesellschaftsanzüge. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105.

Bettenverkauf! Neue 13,—! 19,50! Prachtvolle 22,50! 27,50! Bettwäsche! Steppdecken! Füllbecken! Inletts! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus, Brunnenstraße 47.

Möbel

Massenposten, Nußbaumbüfette, Kredenzen, Schreibtische, Sofaumbauten. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Patentmatratzen, Auflegematratzen, Metallbetten, Chaiselongues. Möller, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Musikinstrumente

Einzelpianos, auch ohne Anzahlung. Brunnenstraße 33, Laden.

Fahrräder

Teilzahlung. Riesenauswahl! Diamanträder, Görickeräder, Opelfahrräder, Triumphräder, Multiplexräder, Wittlerräder, Monopolräder 95,—, hochmoderne bildschöne Rennmaschinen, entzückende schnellaufende Straßenrenner, fünfjährige Garantie, kaufzwangloser Lagerbesuch erbeten. Fahrradrahmen 35,—, [illegible]räder 45,—. Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber. Goldschmelze Christianat, Köpenickerstraße 29 ([illegible]straße).

Sonnabend
19. Februar 1927

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Tauwind.

Von Albert Leitsch.

Der Frühling kam mit dem singenden Tauwind und dem feuchten Schmelz der Erde und dem ersten Glitzern des Pfluges in taugesättigter Scholle; in den Auen blühten die großen, stillen Schneeglöckchen und an den Halmen und Zweigen knospte das Leben.

Der laue Föhn flog auf weichem Fittich durch Wald und Flur. Auch über die Hügel und Berge fächelte und säuselte er dahin. Nadeln rieselten, und in losen Wattebäuschchen fiel der Schneebehang von den Zweigen. Auf der alten, mächtigen Samenelche schlug die Singdrossel in vollen Tönen. Sie mußte das neue Leben, die pochende Freude der Erde künden.

Wo die dürren Reiser lückig stehen, beim Wurzelwerk der greisen Föhre regt es sich nun in der Tiefe des gähnenden Schlundes. Und ein großer Kopf, zwei grünlich schillernde Lichter, zwei lauschend zugespitzte Ohren tauchen aus der Finsternis empor. Rundköpfchen ist's, der Familie Murr Hoffnungsvollster. Die Frau Mama ist ausgegangen, die Spuren im Tauschnee geben Kunde davon. Die Geschwister kauern geduckt und zur Pelzkugel gerollt, ängstlich und verschlafen unten im Bau. Rundköpfchen, der Stärkste, ist auch der Keckste. Er muß doch sehen, wie es draußen zugeht in der weiten Welt, aus der die Frau Mama immer mit solch reichen Schätzen beladen zurückkehrt.

Tak takterak tak! Was ist? Die Drossel ist von der Eiche gestrichen und huscht und hüpft am Erdboden herum. Wie der langstelzige Sänger es wichtig hat! Da eilt er laufend bald dahin, bald dorthin mit grotesken Sprüngen, hackt und scharrt, und kratzt und pickt, und arbeitet im Fallaub, daß die braunen Fetzen fliegen. Rundköpfchen ist ganz Teilnahme, ganz Interesse, ganz Aufmerksamkeit. Immer stärker funkeln die Lichter, immer steiler stellen sich die Ohren, sie neigen sich gespannt nach vorn, daß ihnen ja nichts entgeht. Näher und näher hüpft der Sänger mit der flockig gewölbten Kehle, vor Meister Murrs Behausung ist immer etwas zu ergrapsen, zu ergattern, Rundköpfchen reckt sich und hebt sich, leise, leise, wie es neulich der alte Waldkater getan, als er droben vom flechtenbehafteten Dörrling den verträumten Auerhahn herunter holte. Rundköpfchen hat gelernt, und doch hat er Pech. Oweh! Der quecksilberige Sänger hat, so scheint's, überall Augen. Und so hat er auch den Lauscher an seiner Pforte geäugt. Tak tak terak tak tak! bitt bitt bitt! O, wie lange schimpfte und spektakelte die Drossel in der ganzen Waldung ringsumher!

Rundköpfchen wird ärgerlich. Der böse Vogel! Aber so sind sie alle, die Takterak und die Bittbitt! Erst lassen sie sich nicht erwischen und dann schreien sie noch in Wald und Welt herum, daß die Familie Murr um die Wege sei. Aber die Sonne meint's gut, und warm und wohlig ist's an der Pforte. Rundköpfchen sinkt in die Läufe und macht schnurrend und spinnend sein Nickerchen. Schließlich schnarcht er sogar. Bis leises Rascheln ihn weckt. Die Frau Mama kommt zum Baue, und sie kommt mit vollem Fang. —

Der Wald ist grün geworden. Familie Murr hat ihre Ein- und Ausfahrt nach der anderen Seite des Hanges verlegt, wo mehr Schatten und in den Gebüschen noch mehr Deckung ist.

Je größer und stärker das Geheck wurde, desto mehr hatte Frau Murr zu sorgen und zu schaffen. Desto mehr schimpften und randalierten aber auch die Bauern in der Runde. Und als gar Frau Murr am hellichten Tage vom Pfarrgarten verduftet war, nicht ohne zum ehrenden Gedächtnis die Pute, die beste aller Brüterinnen, mitzunehmen, da legte am Abend beim Hirschwirt der Hochwürdige die Karten auf den Tisch und schimpfte und klagte dem Förster sein Leid.

Ja, das Leben war immer schwerer, und immer ängstlicher und sorgsamer sicherte Frau Murr, ehe sie ausfuhr und nach Riß und Fraß fahndete. Und doch kam sie eines Tages nimmer wieder. Das war an dem nämlichen Tage, an dem der alte Grünrock dem Pfarrer eine geschossene Wildkatze brachte. Im Hofe aber kreisten des Försters Dackel um Frau Murr und zogen in scheelem Jagdneid ihren Balg in die Länge.

Rundköpfchen harrte und harrte. Stundenlang saß er an der Pforte und äugte und windete und sicherte. Aber die Mutter kehrte nimmer wieder. Da ward dem Rundköpfchen unheimlich zumute. Er lockte die Geschwister zutage und ging mit ihnen auf die Suche. Sie zerstreuten sich endlich in alle Welt.

Rundköpfchen sammelte Erfahrungen, gute und schlechte, wie sie in Wald und Feld zu holen waren. Bei den Rehen, die sich auf der Waldwiese äßen, ging's ihm eklig.

Eine der Geißen führte ein weißes Kitz an der Spinne, das aber auch schon selbständig zu äsen wußte. Rundköpfchen zeigte lebhafte Teilnahme für das muntergehende Ding. Ja, in Gedanken dichtete er sogar: „Ach, wenn du wärst mein eigen!" Aber die Altgeiß war eine ungebildete Person mit ungehobelten Manieren. Wie sie den Dichter im Gebüsch eräugte. Wie eine Hexe fuhr sie fiepend auf ihn los und trommelte ihm mit den Läufen auf Kopf und Balg herum und mit Entrüstung entwich Rundköpfchen der ungebildeten Gesellschaft.

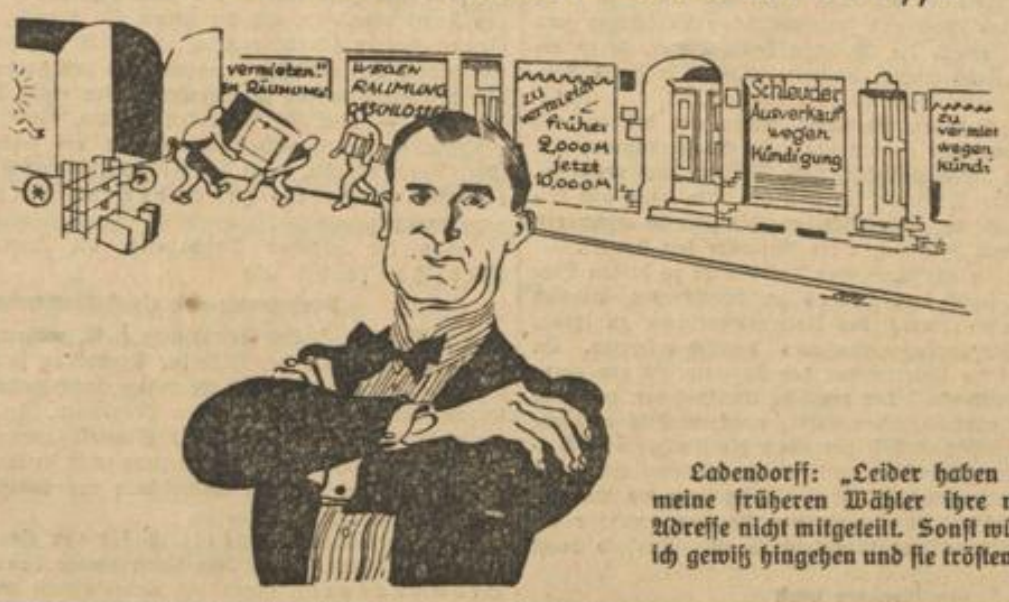
Und der Frühling zog auch ihn mit über Halde und Hang, durch Lehne und Graben, durch Wald und Feld. Aus Rundköpfchen ist ein erfahrener Kater mit mächtigem Schnauzer geworden, ein Held sonder Furcht und Tadel. Wie er in einer Lenznacht durch seine Jagdgründe streicht, trifft aus dem Jungmais und Unterwuchs, wo er einen Mutterbau weiß, ein winselndes Kinderheulen seine scharf lauernden Ohren.

Der Rundkopf sinnt und denkt an vergangene Tage.

Das ist ein Geheck, das seine Mutter verloren hat und sich allein noch nicht forthelfen kann. Nein! Wir vom alten Adel müssen zusammenstehen! Wir sollen nicht an der Menschensippe zugrunde gehen. Ob standesgemäß oder nicht, spielen wir halt auch mal die Kindesmutter!

Und emsig trottet er über die nächtliche Blache und holt sich den Fang voller Mäuse.

Der Ladenmieter-Ludendorff.



Ladendorff: „Leider haben mir meine früheren Wähler ihre neue Adresse nicht mitgeteilt. Sonst würde ich gewiß hingehen und sie trösten .."

Die Schlacht am Grauen Kloster.

Von Adolph Hoffmann.

(Schluß.)

Ich verließ mein Hauptquartier auf dem Droschkenbock, stellte mich mit meinem langen Feldherrnstab vor Gumperts Laden auf und gab meine Kommandos.

Die etwa acht bis zehn „Grauen", darunter mit blutender Nase der Kriegsschuldige, machten einen letzten Versuch, die Umzingelung zu durchbrechen. Der Ohrfeigenheld warf die Bücher nach mir und stürzte mit einem Wutschrei auf mich zu. Ich holte mit meinem „Feldherrnstab" kräftig aus, um den, der „mir in den Weg tritt, zu zerschmettern", als es hinter meinem Rücken entsetzlich klirrte. Mein Heldenstab hatte vorläufig nur die Schaufensterscheibe von Gumperts Konditorei zerschmettert. Aber das genügte Freund und Feind vollständig. Im Nu war die damals noch nicht so belebte Königstraße von allen Helden und Gefangenen geräumt. Aber es war auch die höchste Zeit, denn vom Rathaus her rückten die mobilgemachten „Konstabler" heran, wie meine Pflegeeltern aus der guten alten Zeit her die Schutzleute immer noch nannten.

Ich war schlau genug, mich seitwärts in die Bischofstraße zu schlagen und zunächst am Marienkirchhof meine Großmutter zu besuchen, die gerade vom Fischhandel auf dem benachbarten Neuen Markt heimgekommen war. Als ich nach dem Kaffee auf Umwegen die Siebergasse und mein Haus unerwischt erobert hatte, war die Kunde von der „Schlacht am Grauen Kloster" und den Trümmern der Gumpertschen Schaufensterscheibe schon in aller Munde.

Meine Pflegemutter empfing mich mit der drohenden Frage: „Du warst natürlich dabei und bist mit arretiert?" (Drei Graue Klosterianer hatten die „Konstabler" mitgenommen.) Erleichtert atmete sie auf, als ich unbefangen antwortete: „War doch bei meiner Großmutter. Soll schön grüßen und sie schickt die beiden Plötzen mit, die sie übrigbehalten hat. Du möchtest sie noch heute kochen."

Das war doch ein glänzendes Alibi.

Als mein Pflegevater nach Hause kam, wußte er auch schon von unseren Heldentaten und erzählte, daß Gumpert am Fenster einen Zettel kleben habe, auf dem er zwei Taler Belohnung verspricht, wenn man ihm den Lümmel angebe.

*

Ich hatte die Nacht wenig geschlafen und fieberte fast, als ich auf sollte, da meine Pflegemutter zu ihrer Tochter mit Bezug auf die Gumpert-Affäre geäußert hatte: „In der Schule werden sie die Bengels schon herausfinden."

Gar zu gern wäre ich als „Kranker" zu Hause geblieben. Aber es hieß: „Ach was, so schlimm ist es nicht. Ziehe die warme Jacke an, setze die Mütze mit den Ohrenklappen auf, und dann marsch!"

In der Schule merkte ich sehr bald, wie gut es war, daß ich den Russenkittel nicht an hatte, denn darin hätte man mich sicher wiedererkannt. Gleich nach der ersten Stunde hieß es: Mit Ueberröcken und Kopfbedeckung auf dem Hof antreten! Erstere besaßen nur wenige. Auf dem Hofe standen die Lehrer, ein Lehrling von Gumperts und etwa ein Dutzend Buntmützen vom Grauen Kloster. Mein Herz schlug im Dreivierteltakt. Verstohlen musterte ich den Feind. Der Kriegsschuldige mit der blutigen Nase war nicht dabei. Vermutlich war er krank und seine Eltern waren wahrscheinlich besorgter um ihn als meine. Nie habe ich inbrünstiger und aufrichtiger dem Herrgott gedankt, als für diese Krankheit! Wohl wurde ich als einer derjenigen bezeichnet, die dabei gewesen seien. Aber der Schaufenster-Attentäter wurde nicht gefunden.

Im ganzen fand man elf heraus, von denen festgestellt wurde, daß sie dabei waren. Neun davon waren in unserer Klasse. Noch heute begreife ich unseren Lehrer Kreidebrink nicht. Er schäumte geradezu vor Wut über das glänzende Resultat seiner Heldenerziehung. Vor versammelter Klasse wurden wir wie ganz richtige Kriegshelden „ausgehauen", zwar nicht in Stein, sondern mit dem Rohrstock, den er ebenso kühn und verwogen schwang, wie ich meinen Feldherrnstab vor dem Gumpertschen Schaufenster.

Leider war hinter ihm keine Scheibe, als er in seinem heiligen Eifer den so prächtig aufgegangenen Samen seiner Kriegsbegeisterung wieder ausprügelte.

*

Am nächsten Montag war meine Pflegemutter höchst erstaunt, daß ich mir den Fuß verstaucht haben wollte, als ich für'n Sechser Kuchenkrümel, die Gumpert Montags verkaufte, holen sollte, die ich sonst nicht schnell genug ergattern konnte, denn es gab davon nicht nur eine große Tüte voll, sondern es befanden sich darin auch große Bruchstücke von Kuchen, Torten, Marzipan usw. Die suchte Mutter heraus und gab sie nachmittags zum Kaffee. Zu Sonntagskuchen langte der Verdienst eines abgebauten Tuchmachergesellen nicht.

Da meine Pflegeschwester schon um 5 Uhr von Arbeit kam und hoffte, über den erwischten Attentäter bei Gumpert neues zu erfahren, holte sie gern die Kuchenkrümel selbst und erzählte, daß der Vagabund noch immer nicht erwischt sei, die Belohnung aber erhöht werden solle.

Zu Ehren der vereinigten beiden Armeekorps sei es gesagt: Die Belohnung hat Gumpert für die Schlacht am Grauen Kloster nie auszuzahlen brauchen.

Oder doch? — — — — — — — — — — — — —

Ich war schon mehrere Jahre Stadtverordneter. An einem Dienstag nach der Fraktionssitzung kehrte ich mit meinen Freunden Alfred Bernstein und Arthur Stadthagen bei Gumpert zu einer Tasse Kaffee ein. Das geschah häufig am Dienstag. Zu uns gesellte sich noch Emil Basner, Dr. Freudenberg und, wenn ich nicht irre, auch Robert Wengels. Als wir Platz genommen hatten, begrüßte uns der alte Gumpert aufs freundlichste, blickte mich eine Weile sinnend an und meinte: „Sie muß ich schon sehr lange kennen." Ich entgegnete: „Das ist wohl möglich. Denn aus alter Anhänglichkeit verkehre ich hier schon sehr lange."

„So?" sagte der alte Herr interessiert, „und woher stammt diese alte Anhänglichkeit und wie alt ist sie?"

„Na," meinte ich lächelnd, „bald fünfzig Jahre werden es sein, daß ich Ihr bester Kuchenkrümelkunde war, und — setzte ich zögernd hinzu — etwas ist auch wie Gewissensbiß dabei. Der Jurist, ich zeigte auf Arthur Stadthagen, wird Ihnen bestätigen, daß es eine alte Erfahrung ist, daß der Verbrecher immer wieder nach dem Tatort seines Verbrechens zurückkehrt."

„Das müssen Sie erzählen," erklärte Gumpert, „Sie gestatten, daß ich Platz nehme."

Nachdem ich Gumpert noch veranlaßt hatte, vor dem künftigen Notar Stadthagen die Erklärung abzugeben, daß er auf alle Regreßansprüche verzichte, erzählte ich vorstehende Geschichte.

Als ich geendet hatte, legte Gumpert die Hand auf meine Schulter und sagte triumphierend: „Also habe ich den Verbrecher doch noch erwischt?"

„Ja," sagte Stadthagen, „da wir aber den Verbrecher hierher und zum Geständnis brachten, haben wir Anspruch auf die Belohnung."

„Jawohl," war Gumperts Antwort, „die sollt Ihr haben. Ich hole dafür das beste Pferd aus meinem Stall." Und er brachte ein Pulleken, das die Weinkennernase eines Falkenberg vom Ratskeller vor Neid hätte erglühen lassen.

Nach der ersten Flasche erklärte ich Gumpert, daß es eigentlich schade wäre, daß ich ihm bei der Schlacht am Grauen Kloster nicht zwei Scheiben zertrümmert hätte.

„Na," lachte Gumpert, „dann will ich die Zinsen für ein halbes Jahrhundert noch draufleegen," und holte eine neue Flasche, während Stadthagen ausrechnete, was es mit Zins und Zinseszinsen ausmache.

Ich glaube, wir haben uns an diesem Abend einen gemeinsamen Verstoß gegen das Wuchergesetz zuschulden kommen lassen, denn der alte Herr hat wirklich Wucherzinsen gezahlt.

Ich weiß nur, daß ich am Schlusse dieser schweren „Sühneverhandlung" Gumpert erklärte: „So viele Schaufenster hätte selbst seine Konditorei nicht als ich Scheiben zerschlagen müßte, um die Belohnung herauszuwirtschaften, die er heute bezahlt hat."

*

Nur einen Tag möchte ich noch erleben, und zwar den, an welchem zwischen Rüdesheim und Bordeaux alle alten Kriegssünden bei einem fröhlichen, friedlichen Weingelage für immer zum Wohle Deutschlands und Frankreichs, ja, der Menschheit, ertränkt würden, wie wir es bei Gumpert mit den Folgen der „Schlacht am Grauen Kloster" getan haben. Und dann wünsche ich, daß bei diesem Fest alle Lehrer und Jugendbildner zugegen wären und feierlich gelobten, die Jugend der Völker nie wieder mit Kriegsfanatismus zu vergiften.

Furunkel.

Von Dr. Ludwig Sternheim, Hannover.

Während der Kriegszeit und nach dem Kriege sind die Erkrankungen an Furunkeln immer häufiger geworden. Auch das Auftreten schlimmer Formen hat entschieden zugenommen. Die Aerzte haben deshalb dieser Krankheit in der letzten Zeit ihr besonderes Augenmerk zugewendet. Das Publikum hat zweifellos ein großes Interesse daran, über die Krankheit und die Maßnahmen, die zur Verhütung und Heilung getroffen werden können, aufgeklärt zu werden.

Furunkel sind umschriebene Hautabzesse, die durch Eiterbakterien hervorgerufen werden. Zunächst sind es kleine „Pickel" oder harte Knoten, die Schmerz und Spannung hervorrufen. Als weitere Entzündungserscheinungen treten dann Röte und Hitze der Umgebung hinzu. Die Schmerzen steigern sich erheblich. Es kann Fieber auftreten und zu einer Anschwellung der benachbarten Lymphdrüsen kommen. Im weiteren Verlauf bildet sich in dem Erkrankungsherd ein eitriger Gewebspfropf, der bei günstigem Verlauf in ein bis zwei Wochen ausgestoßen wird. Die entstehende Wunde vernarbt in kurzer Zeit. Damit ist dann der einzelne Furunkel zur Heilung gekommen.

Derartige Furunkel können nun in großer Anzahl zur selben Zeit oder nacheinander auftreten. Eine Vereinigung von mehreren Furunkeln zu einer ausgedehnten Gewebsentzündung nennt man einen Karbunkel. Dieser kann zu einer recht bedenklichen Erkrankung werden. Aber auch der einfachste Furunkel kann zu einer Blutvergiftung führen. Die Furunkel an der Lippe und an anderen Stellen des Gesichtes sind besonders gefährlich. Ein ungünstiger Ausgang kündigt sich fast immer durch weithin ausstrahlende Schmerzen, Verschlechterung des Allgemeinbefindens, erhöhte Fiebertemperatur und Schüttelfröste an.

Die Behandlungsmethoden sind ungeheuer zahlreich. Sie haben ständig gewechselt. Ein Zeichen, daß keine recht befriedigt hat. Es gibt kaum eine Sitzung einer ärztlichen Gesellschaft, kaum eine Nummer einer medizinischen Wochenschrift, in der nicht von der Behandlung der Furunkulose die Rede ist. Nur in einem Punkt ist man sich einig, daß die früher fast ausschließlich geübte chirurgische Behandlung mit dem Messer nur auf ganz wenige Ausnahmefälle beschränkt bleiben muß.

Von großem Interesse war die Sitzung der Münchener Chirurgen vom 14. Mai 1926, in der zur Furunkelbehandlung Stellung genommen wurde. Die Behandlung durch Jodbepinselung und feuchte Verbände wurde abgelehnt; das Einnehmen von Hefe und Einspritzen von Vaksine wurde als einflußlos bzw. unsicher bezeichnet. Als das Wesentliche in der Furunkelbehandlung wurde die schonendste Behandlung der Haut durch Salbenverbände anerkannt. Vor allem ist das Ausdrücken des Eiters unbedingt zu unterlassen.

Die Verschiedenheit der Ansichten über die Bewertung der sonstigen Behandlungsmethoden erklärt sich daraus, daß gerade bei der Furunkulose nicht die Krankheit, sondern der Kranke behandelt werden muß. Wenn auch zur Erkrankung an Furunkulose eine Infektion mit Eitererregern notwendig ist, so spielt zweifellos die Körperkonstitution die größte Rolle in bezug auf Ansiedlungsmöglichkeit und Weiterentwicklung der Bakterien. Störungen der Blutbildung und gewisse Stoffwechselkrankheiten, z. B. Gicht, Fettsucht, Zuckerharnruhr, Ueber- und Unterernährung geben einen günstigen Boden für die Furunkulose ab.

Besser leben – das Ziel der Wirtschaft.

Was die deutschen Unternehmer von den englischen lernen sollten.

Auf der Tagung der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer sprach, wie schon berichtet, der englische Industrielle Sir Arthur Balfour (Sheffield) über die wirtschaftliche Lage Großbritanniens. Seine Rede ist deshalb besonders erwähnenswert, weil in ihr die Stellungnahme des britischen Unternehmertums zu einer großen Anzahl von wirtschaftlichen sozialpolitischen Problemen zum Ausdruck kam. Ob freilich die deutschen Unternehmer, deren erwählte Vertreter die Zuhörerschaft Balfours bildeten, in dieser Rede das fanden, was sie erwarteten, ist zu bezweifeln.

Gewiß: es sind dieselben Probleme, hüben wie drüben, mit denen die Unternehmerschaft zu tun hat. In Großbritannien wie in Deutschland lasten Arbeitslosigkeit, hohe Steuern und große soziale Ausgaben auf der Wirtschaft; es geht um Arbeitszeit und Arbeitslohn, um die Macht der Gewerkschaften; hier wie da erschweren hohe Inlandspreise und Zollmauern im Auslande den Export.

Aber wenn auch die wirtschaftlichen Tatbestände in beiden Ländern fast gleich sind, so ist doch Eines grundverschieden nämlich die Art der Einstellung des Unternehmertums zu ihnen. Das ließen die Ausführungen Balfours deutlich erkennen. In Deutschland betrachtet der Unternehmer den Kapitalprofit von vornherein als das Entscheidende. Der englische Unternehmer, der nicht minder zäh um den wirtschaftlichen Erfolg ringt, versteht es heute als eine Selbstverständlichkeit, daß vor allem die steigende Lebenshaltung der Massen die Gewähr für eine wachsende Produktivität der Volkswirtschaft bietet, damit auch die Voraussetzung für die profitable Ausnutzung der Anlagen und für die günstige Verwertung des Produktionskapitals ist. Deshalb dreht sich dort alles um

den Menschen selbst

und sein leibliches Wohl und Wehe, während wir hier, d. h. die deutschen Unternehmer, immer noch in der Vorstellung befangen sind, daß die Vergrößerung der Produktion (und zwar vorwiegend der Produktionsanlagen, weniger der absatzfähigen Produktion an Waren!) das entscheidende äußere Kennzeichen für das Gedeihen der Volkswirtschaft sei. Der deutsche Unternehmer will stets nur sparen im Sinne der Kapitalsbildung und vergißt dabei, daß es gerade jene Ausgaben, die er „unproduktiv" nennt, sind, welche erst das Einkommen und die Kaufkraft seiner Abnehmer bilden. Der englische Unternehmer aber, der nicht weniger auf seinen Profit bedacht ist, hat das sehr viel richtigere Empfinden, daß man erst geben, und zwar reichlich geben muß, wenn man später einnehmen will.

Aus dieser Anschauung heraus erklärt es sich, daß Sir Arthur Balfour jede Maßnahme und jede Entwicklung begrüßte, die geeignet ist, die Lebenshaltung der Massen und damit die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft zu heben.

Mit Befriedigung wird festgestellt, daß die Löhne gestiegen sind,

daß der Acht- und der Siebenstundentag allgemeine Geltung erlangt hat, daß Nahrungsmittel und Bekleidung der Arbeiter besser als je zuvor sind, daß die Volksgesundheit sich gehoben hat und daß das Schul- und Fortbildungswesen große Fortschritte gemacht hat. Von der vollkommeren Ausbildung der Arbeiterschaft, wie sie unter regem Interesse der Unternehmer jetzt durchgeführt wird, verspricht man sich große Vorteile für die Zukunft. Mit Befriedigung wird ebenfalls festgestellt, daß die freiwillige Wohlfahrtspflege von den Unternehmungen immer stärker ausgebaut wird, so daß es für die größeren Betriebe ganz selbstverständlich ist, ihrer Belegschaft Sportplätze und Räume für gesellige Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Dabei will man aber keineswegs die Belegschaften „unternehmerfromm" damit machen. Das einzige Bedenken dagegen sei, daß die jungen Leute der Familie entfremdet werden!

Freilich wird auch auf die Höhe der Soziallasten (rund 80 M. je Kopf der Bevölkerung!) und auf die seit der Vorkriegszeit stark gestiegene steuerliche Belastung (1913 : 71 M., 1925 : 295 M. pro Kopf) verwiesen, auf die hohen Kommunal-, Vermögens- und Gewerbesteuern (Verdreifachung seit 1913), auf die Lasten aus der ungeheuren Kriegsverschuldung und auf den hohen Preisstand englischer Waren, der die Absatzmöglichkeiten einschränkt. All dies sei bedenklich — aber die Bedenken werden, soweit es sich bei den geschilderten Lasten und Erschwerungen um solche innerwirtschaftlicher Natur handelt, durch den Hinweis auf die verbesserten Gesundheits- und Lebensverhältnisse im Lande abgeschwächt.

Aus der gleichen Anschauung, die immer wieder den Menschen selbst als

Produzenten und als Konsumenten,

in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt, während von dem Produktionsapparat und der Höhe der Produktion so gut wie gar nicht die Rede ist, ergibt sich auch die ruhige, sachlich-abwägende Stellungnahme Balfours zu den aktuellen Problemen. Er wendet sich gegen die politische Radikalisierung der Gewerkschaften — aber mit der Begründung, daß diese Radikalisierung leicht zu ihrem Zerfall führen könnte, worüber sich der Durchschnitt der deutschen Unternehmer wahrscheinlich freuen würde.

Die Arbeitslosigkeit ist für ihn eine weltwirtschaftlich bedingte Erscheinung, die dem Unternehmer keinen Anlaß zu Druckmanövern gegen die Arbeiterschaft bieten sollte. Ohne jede Lamentation, wie sie in Deutschland so üblich ist, wird gesagt, daß die Arbeitslosenversicherung heute jährlich eine Milliarde Mark (gegen 40 Millionen Mark vor dem Kriege) kostet, und daß die gesamten Soziallasten im Laufe der letzten 30 Jahre von 180 auf 3360 Millionen Mark (einschließlich der Schulkosten und der Renten für Kriegsopfer sogar 8000 Millionen!) gestiegen sind.

Recht interessant ist auch die Stellungnahme Balfours zur Frage der wirtschaftlichen

Betätigung der öffentlichen Hand

und zur Frage der industriellen Kartellpolitik. Während er alle wirtschaftlichen Selbsthilfemaßnahmen begrüßt, die geeignet sind, die plötzlichen Konjunkturschwankungen zu mildern, ist er recht skeptisch gegenüber der Bildung von Kartellen. Es dürfe nicht soweit kommen, daß kartellartige Abmachungen, auch solche internationaler Art, die persönliche Initiative gefährden, die Qualität der Ware verschlechtern oder gar den Verbraucher noch durch Preishochhaltung „bedrohen". Auch bestünde die Gefahr, daß die Bildung monopolistischer Wirtschaftsorganisationen geradenwegs zur Sozialisierung, d. h. zur Uebernahme von Wirtschaftszweigen in die öffentliche Hand, führen könnte. Diese aber sei, aus Gründen der Produktivität, für alle diejenigen Wirtschaftszweige abzulehnen, die sich nicht schon jetzt im Besitz der öffentlichen Hand befinden.

Das ist, im ganzen gesehen, ein bemerkenswert ruhiges und sachliches Urteil. Man wird von einem typischen englischen Unternehmer natürlich keine Sozialisierungspropaganda erwarten dürfen. Aber bezüglich der selbstverständlichen Anerkennung der Tatsache, daß die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand durchaus berechtigt ist, könnten sich unsere Unternehmer, die gerade in diesem Punkt unbelehrbar starre Doktrinäre sind, an ihren „grundliberalen" englischen Kollegen ein Beispiel nehmen, wie sie ja überhaupt von ihnen noch sehr vieles zu lernen haben, wie die Rede Balfours sehr deutlich gezeigt hat.

Streikbilanz im englischen Außenhandel.

Der Ausgleich durch die Zahlungsbilanz.

Nach den gewaltigen Störungen, denen die englische Wirtschaft im Jahre 1926 durch den siebenmonatigen Kohlenkrieg ausgesetzt war, mußte man von vornherein mit einem starken Rückgang des Exports und auf der andern Seite mit einer gesteigerten Einfuhr rechnen.

Tatsächlich zeigt die englische Außenhandelsbilanz sehr bedeutende Veränderungen.

Die Ein- und Ausfuhrziffern im Warenverkehr des letzten Jahres und im Vergleich hierzu die Daten von 1924 und 1925 sind folgende:

	1924	1925	1926
	(in Milliarden Mark)		
Englische Einfuhr . .	25,4	26,4	24,8
Englische Ausfuhr . .	18,8	18,5	15,5
Passivität	6,6	7,9	9,3

Die Ausfuhr ist demnach gegenüber dem Vorjahr um volle 3 Milliarden = 16,2 Proz. zurückgegangen und weist gegenüber der Einfuhr einen Fehlbetrag von 9,35 Milliard. M. auf. Entgegen der naheliegenden Vermutung einer starken Einfuhrsteigerung ist aber trotz des großen Bedarfs an ausländischer Kohle und andern Produkten Englands Einfuhr gegenüber dem Vorjahr nicht gestiegen, sondern gleichfalls um 1,6 Milliarden = 6 Proz. zurück gegangen. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die vom Bergarbeiterstreik und seinen Auswirkungen besonders hart betroffenen Werft-, Stahl- und Textilindustrien ihren Rohstoffbezug aufs äußerste eingeschränkt hatten.

Demgegenüber ist interessant, wie die Engländer den zahlungsmäßigen Ausgleich ihrer passiven Handelsbilanz veranschlagen, der bekanntlich durch die sogenannten „unsichtbaren Exporte" der Zahlungsbilanz erfolgt. Nach den im Journal der Londoner Handelskammer veröffentlichten Ziffern betrugen die Einkünfte Englands:

Aus Frachten	2,4	Milliarden Mark
„ auswärtigen Kapitalanlagen .	5,4	„ „
„ Kommissionen	1,2	„ „
„ Verschiedenem	8,0	„ „
Zusammen . . .	9,3	Milliarden Mark

Der Mehreinfuhr an Waren von 9,35 Milliarden stehen also unsichtbare Exporte im Wert von 9,3 Milliarden gegenüber, womit wiederum ein Beweis geliefert ist, wie ein so reiches Land wie England seine gewaltige Mehreinfuhr — in den letzten drei Jahren 23,85 Milliarden Mark — aus seinen dem Ausland geleisteten Diensten und den Einkünften aus seinen enormen ausländischen Kapitalanlagen bezahlt.

Das Schlimmste, was England also nach diesen Zahlen für die Auswirkungen des Streiks auf das englische Auslandsgeschäft feststellen mußte, wäre, daß das Auslandsgeschäft im vergangenen Jahre nichts zur Kapitalneubildung beigetragen vermochte. Die Auswirkungen des von den englischen Zechenherren bis zum Aeußersten getriebenen Kampfes auf den englischen Staatshaushalt und die innerenglische Wirtschaft bleiben davon natürlich unberührt.

Arbeitslosigkeit durch Arbeitslosigkeit heilen

Ein Rezept der Elektroindustrie.

Der Rationalisierungsprozeß in der deutschen Wirtschaft hat zu einer verhältnismäßig sehr starken Verschärfung der Arbeitslosigkeit geführt. Das ist nichts Neues. Neu aber ist die Auffassung, daß die Arbeitslosigkeit durch die Arbeitslosigkeit geheilt werden müsse, was zwar durchaus paradox erscheint, aber sehr ernsthaft als die Meinung bedeutender Führer der elektrotechnischen Industrie anzusprechen ist. Am deutlichsten erkennbar wird das bei der Siemens u. Halske A.-G., die schon in ihrem Geschäftsbericht für das Jahr 1925 und aus dem Munde des Herrn C. F. v. Siemens in der damaligen Generalversammlung erklärte, daß auf dem Wege der Kaufkraftstärkung durch Lohnerhöhungen eine Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht zu erwarten sei, nachdem durch den Rationalisierungsprozeß eine erhebliche Freistellung von Arbeitskräften erfolgen müsse.

In ihrem Geschäftsbericht für 1926, dessen glänzende Gewinnziffern wir bereits mitgeteilt haben, vervollständigt sie ihre Auffassung, indem sie sagt: „Nur ausreichend gewinnbringende Wirtschaftsbetriebe können sich erweitern. Die Beseitigung der übermäßigen Arbeitslosigkeit kann erst dann erreicht werden, wenn genügend viele Wirtschaftszweige sich auf Grund ausreichender Rentabilität entsprechend ausgedehnt haben." Es ist durchaus konsequent, wenn der Bericht dann fortfährt, daß alle weiteren Belastungen der Wirtschaft den Rückgang der Arbeitslosigkeit verhindern oder verzögern müßten. Eine allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus könne eine Steigerung der Kaufkraft nur bewirken, soweit sie ohne entsprechende Steigerung der Preise durchzuführen sei. Das aber sei nur bei ausreichender allgemeiner Rentabilität der Wirtschaft möglich.

Diese Ausführungen lassen klar erkennen, daß es auch Siemens mit dem alten Kapitalistenargument hält, daß nur, wenn Gewinne gemacht werden, die Wirtschaftslage sich bessern könne. Sie übersehen vollständig, daß zur Erweiterung von Betrieben, d. h. zur Vergrößerung des Absatzes, auch die Käufer gehören, die die neue Produktion aufnehmen können. Wo diese Käufer herkommen sollen, auch wenn die Kapitalbildung verstärkt wird, ist ein Rätsel, das uns die Unternehmer lösen müssen. Wo von der Industrie selbst nicht größere Aufwendungen gemacht werden, und zwar in den von ihr verausgabten „Kosten", die Industrie nennt das „Lasten"), da ist auch eine Steigerung des Absatzes, wenn die Mehrproduktion nicht ausschließlich ins Ausland gelenkt wird, ein Ding der Unmöglichkeit. Die Heilmethode des Herrn v. Siemens hat daher keinerlei Aussicht, zur Gesundung der Wirtschaft etwas beizutragen, auch wenn sie noch so oft wiederholt wird.

Falsche Bilanzen! Die Tatsache, daß die der Oeffentlichkeit vorgelegten Bilanzen der Aktiengesellschaften deren wirkliche Lage nicht enthüllen, ist allgemein bekannt, pflegt aber von den Unternehmern selbst nicht offen zugegeben zu werden. Sehr erfreulich wirkt daher die ungewöhnliche Aufrichtigkeit der englischen Kapitalmagnaten, die die Richtigkeit jener Behauptung ohne weiteres anerkennen. Erst kürzlich hat der Präsident des jüngst gegründeten großen englischen Chemietrustes, Sir Alfred Mond, die bemerkenswerte Erklärung gemacht, daß „die Ziffern der Bilanzen in keinem großen und gut geführten Unternehmen die wirklichen Nettoprofite der Gesellschaft zu verraten pflegen". Professor Gregory, der einen Lehrstuhl für Bankwesen an der Volkswirtschaftlichen Hochschule von London innehat, sagte in seiner Antrittsvorlesung, daß die englischen Bankbilanzen eine Schande für diesen Beruf darstellten. Wozu wir bemerken möchten, daß die englischen Bilanzen infolge der in England bestehenden Einrichtung der Prüfung durch Bankrevisoren, der sich sämtliche größeren Gesellschaften freiwillig unterziehen, noch zuverlässiger sind als die Bilanzen auf dem Kontinent. Der Präsident des Bankverbandes, Sir John Ferguson, der beim Vortrag von Professor Gregory den Vorsitz führte, versuchte die Praxis der gefälschten Bilanzen damit zu verteidigen, daß die Unternehmungen neben den offenen auch stille Reserven für schlechte Zeiten brauchen und deshalb einen Teil ihres Profits verheimlichen müssen, in Wirklichkeit gehörten auch diese Profite den Aktienbesitzern. Der „Daily Herald", das Blatt unserer englischen Genossen, bemerkt mit Recht zu dieser Entschuldigung, daß es sich nicht allein um die Aktienbesitzer handle: auch die Arbeiter und die Verbraucher gehen diese Bilanzen etwas an. Die Arbeiter haben ein Recht, zu wissen, ein wie großer Teil ihrer Arbeit von ihren Arbeitgebern angeeignet wurde, die Verbraucher dagegen möchten gern erfahren, ob die von ihnen bezahlten Warenpreise angemessen oder zu hoch sind.

Aus der sächsischen Gasversorgung. Die mit 5 Millionen Mark Aktienkapital arbeitende „Gasversorgung Ostsachsen A.-G." in Dresden (gegründet 1922) beliefert das Gebiet um Dresden und das Oberlausitzer Industriegebiet von dem Werk Heidenau (dicht bei Dresden) aus mit Gas. Die Gesamtlänge der Rohrleitungen ist im letzten Geschäftsjahr um rund 100 Kilometer auf rund 800 Kilometer gestiegen; der Gasabsatz hat sich um rund 6 Proz. auf 7,06 Millionen Kubikmeter gesteigert. Dank reger Werbearbeit hat die Verwendung von Gas zur Raumheizung und zu industriellen Zwecken zugenommen. Ein interessantes Beispiel für die mögliche Zusammenarbeit von Gas- und Elektrizitätswirtschaft bietet die Tatsache, daß die Gasversorgungsgesellschaft mit dem Elektrizitätsverband Gröba, der in seinem Stromversorgungsgebiet die Gasverteilung planmäßig ausbauen will, einen langfristigen Gaslieferungsvertrag abgeschlossen hat. Eine solche Zusammenarbeit zwischen „natürlichen Konkurrenten" wird freilich in der Regel nur in solchen Fällen möglich sein, wo — wie in dem vorliegenden Falle — die beiden Kontrahenten von der öffentlichen Hand beherrschte Gesellschaften darstellen. Der Abschluß der Gasversorgungsgesellschaft ist günstig. Aus 333 543 M. (im Vorjahre 264 148 M.) Reingewinn können 6 Proz. (im Vorjahre 4 Proz.) Dividende abgeführt werden. — Das 800 Kilometer lange Netz der Gasversorgung Ostsachsen A.-G. vermittelt zwar keine sehr großen Gasmengen, ist aber das ausgedehnteste Europas.

Deutsche Eisenerzeugung im Januar. Die deutsche Roheisenerzeugung wird für den Monat Januar mit 1 050 798 Tonnen angegeben. Gegenüber dem Monat Dezember ist mithin ein Rückgang von 4993 Tonnen zu verzeichnen. Mit Ausnahme von Gießerei- und Bessemerroheisen sind alle Sorten am Rückgang mehr oder weniger stark beteiligt. Während Oberschlesien und Süddeutschland im Monat Januar eine Produktionssteigerung buchen konnten, ging in den übrigen Gebieten die Produktion zurück, am stärksten im rheinisch-westfälischen Bezirk. Die Gesamtproduktion liegt, wenn man der Berechnung den heutigen Gebietsumfang des Reiches zugrundelegt, mit 16 Proz. über der Vorkriegserzeugung. Dabei ist von Bedeutung, daß die Vorkriegsproduktion nur von Rheinland und Westfalen und Nordost- und Mitteldeutschland überschritten wird. Die Zahl der vorhandenen Hochöfen hat sich um 3 auf 203 vermindert. Das sind 13 Oefen weniger als Ende 1913, den heutigen Gebietsumfang vorausgesetzt. Von den vorhandenen Hochöfen waren 115 (Dezember 1919) in Betrieb gegenüber 203 Ende 1912.

Deutsch - tschechoslowakische Handelsvertragsverhandlungen. Sämtliche Programmpunkte der tschechoslowakisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen wurden heute erledigt und die Tagung geschlossen. In den Verhandlungen tritt nunmehr eine dreiwöchige Unterbrechung ein.